

---

# Sachbeiträge

(20)

Thomas Etienne

**Die Andere Zeitung**

Medium der Opposition in Magdeburg 1990

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

---

Geleitwort	2
Vorwort	3
Herbst '89 – Neues Forum	4
Konkrete Schritte	8
Der Name	9
Profil und Positionen	11
Redakteure	13
Mitarbeiter	15
Gesetzt. Gedruckt. Geliefert	16
Aktenvernichtung war nicht nur ein Thema des Herbst '89	18
Das Treffen in Berlin	22
Das Ende	25
Redaktionsmitglieder kommen zu Wort	
Torsten Boek	28
Ulrich Rogge	30
Bernd Schullcke	31
Ludwig Schumann	35
Susanne Schweidler	37
MfS-Dokument: „Information zum sogenannten ‚Gebet für gesellschaftliche Erneuerung‘ am 23.10.1989 im Dom zu Magdeburg mit anschließender Demonstration“	44
Ausgewählte Artikel	51

---

„Schluß mit der Zensur für Presse und Kultur“ und „Schnitzler in die Muppet-Show“ – das hatten Teilnehmer der ersten großen Demonstration in Magdeburg während des Herbstes 1989 am 23. Oktober auf ihre Transparente geschrieben. Pressefreiheit und die Abschaffung der Zensur waren wohl neben der Forderung nach Reisefreiheit die meist genannten Wünsche. Die Demonstration beschloss das wöchentliche Montagsgebet. Die Angaben über die Anzahl der Demonstranten schwanken. Während die „Volksstimme“ (SED) 10.000 gezählt hat, wurden von der Zeitung „Der neue Weg“ (CDU) 30–40.000 festgestellt. In meiner Erinnerung ist geblieben, dass immer noch Menschen losgingen, als die Spitze des Zuges schon wieder am Dom angelangt war. Das Stadtzentrum war voller Menschen, die Veränderungen wollten.

Vor Beginn des Gebetes hatten Vertreter des Neuen Forums die 1. Sonderausgabe ihres Bezirksinformationsblattes an die Ankommenden verteilt. Der Aufruf „Neues Forum braucht das Land!“ forderte neben der Zulassung der Vereinigung auch den Zugang zu den Medien, Pressefreiheit und Abschaffung der Zensur sowie Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Damit hatte eine SED-unabhängige und gedruckte Information der Bevölkerung im öffentlichen Raum ihren Anfang genommen. Die Menschen griffen fast gierig danach. Den Verteilern wurden die Blätter förmlich aus den Händen gerissen. Hier wurde offensichtlich, wie groß der Hunger nach Klarheit und Authentizität war.

Am 6. November notierte die Polizei ein Plakat mit der Aufschrift „Neues Forum will eigene Zeitung“. Ab Januar 1990 wurde aus dem einen Blatt „Die Andere Zeitung“, die DAZ. Wie es dazu kam und auch über das Ende berichten in dieser Broschüre die damaligen „Macher“. Die Zeitung, die mit großem Engagement erstellt wurde, gab es nur ein paar Monate. Wer sich aber erinnert, weiß wie dicht damals die Ereignisse beieinander lagen und wie groß die Aufbruchstimmung war. An diesem Gefühl hat die DAZ einen hohen Anteil. Sie informierte sowohl über Amtsmissbrauch und Korruption als auch über die Spuren des Ministeriums für Staatssicherheit. Daneben gab es Witz, Kultur und anderes mehr. Vieles wurde gesagt, was anderswo nicht zu lesen war. Für ihren Mut, die Ideen und ihren Einsatz sei den Zeitungsmachern gedankt. Ohne die 16 Ausgaben wäre die Zeitungslandschaft in Magdeburg damals viel eintöniger geblieben. In der Stadtgeschichte sollten sie deshalb auf keinen Fall vergessen werden. Einen Beitrag dazu soll diese Broschüre leisten.

Edda Ahrberg  
Landesbeauftragte

---

## Vorwort

---

*... Ich weiß nicht, wovon mir mehr graut? In Bonn das offene Hitlerregime, aber der Einzelne lebt im Ganzen etwas freier, bekommt notfalls fünf Monate Gefängnis, wenn er hier fünf Jahre bekommt; kann in der Zeitung opponieren, während ihm hier die Presse verschlossen ist ...*

Victor Klemperer, Tagebücher 1945–1958

So wie es dem für eine Reihe von Antifaschisten deprimierend wirkende Adenauer-Staat gelang, im Rahmen vieler und nicht undramatischer Auseinandersetzungen auf dem Boden von Grundgesetz, Länderverfassungen und Rechtsstaatlichkeit seine demokratischen Strukturen zu festigen und zu erweitern, eben auch durch den Meinungsstreit mittels der Medien, genauso blieb die DDR in jeder Hinsicht starr im Widerspruch zu dem unermüdlich als immanent propagierten Erkenntnis- und Gestaltungsprinzip, der Dialektik. Die Rolle der Kommunikationsmittel, speziell der Presse, bei der Gestaltung der Gesellschaft, gerade in Hinsicht Meinungsbildung durch das Anbieten aller und unverfälscht dargebotener Informationen, ist eine aber eine unerlässliche Voraussetzung für Demokratie und ihre Stabilität.

Zwischen 1933 und 1989, also 56 Jahre lang, gab es keine unabhängige Presse auf dem Territorium der ehemaligen DDR. Nach der Befreiung von der NS-Herrschaft diktierte die SED die Sicht der Dinge in ihrem Zentralorgan „Neues Deutschland“ sowie den Bezirkszeitungen, im Bezirk Magdeburg die „Volksstimme“, genauso wie sie den Zeitungen der Blockparteien und der Gewerkschaft FDGB nur einen minimalen Spielraum zur eigenen Gestaltung gestattete – niemals aber in den Bereichen Politik und Gesellschaft.

Am 17. 01. 90 erschien erstmalig in der Bezirksstadt und in den Kreisstädten des damaligen Bezirks Magdeburg eine unabhängige Zeitung, „Die Andere Zeitung“, parallel zu den bereits erfolgten Emanzipationen der bezirklichen Zeitungen von CDU („Der Neue Weg“) und LDPD („Mitteldeutsche Neueste Nachrichten“) und brachte sich nahe ein halbes Jahr ins Bewusstsein der politisch aufmerksamen Magdeburger. Beliebt, belächelt, abgelehnt, gefürchtet und gehasst war sie, erscheinend jeden Mittwoch als Wochenzeitung, in jeder Hinsicht eine „andere“ Zeitung. Nicht nur weil sie eine Novität war und konträr positioniert gegenüber gewohnter ideologischer Ausrichtung in den Medien, wurde die DAZ von vielen Magdeburgern angenommen. Gerade ihre Unkonventionalität, in der Unvollkommenheit eher schnoddrig als linkisch, unabhängig, ob die Artikel gemocht wurden oder nicht, schien einen besonderen Reiz auf Leser von fast anarchistischer bis konservativer Einstellung auszuüben.

---

---

Die Geschichte der DAZ ist auch die Geschichte des Bemühens ihrer Redakteure, parallel zum Bürgerkomitee Magdeburg an der Auflösung des seit dem 18. 11. 89 Amt für Nationale Sicherheit heißenden Stasikomplexes im Verbreitungsbereich der Zeitung mitzuwirken. In dieser Hinsicht wie auch in der Aufmerksamkeit gegenüber generellen wie örtlich und personell konkreten Restaurierungsversuchen der SED waren Bürgerkomitee wie auch DAZ die Ansprechpartner kritischer Bürger.

Die Legende, dass die Ankündigung ihres Einstellens („Pause für die DAZ“) für zur Auflösung der Bezirksverwaltung notwendig an ihrer ehemaligen Dienststelle verbliebene MfS-Mitarbeiter spontaner Anlass war, einige Flaschen Sekt zu öffnen, soll verbürgt sein.

Ich erinnere mich, dass mir kurz vor der Währungsunion, also als die DAZ bereits nicht mehr erschien, ein junger Mann mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit sagte, die DAZ sei die einzige Zeitung, die er je in seinem Leben abonniert habe. Für manche war die DAZ wirklich etwas Besonderes.

Die Redakteure der DAZ waren natürlich Individuen mit ähnelnden wie divergenten Haltungen und Lebenserfahrungen. Wenn später also in Bezug auf Positionen und Reaktionen von den DAZ-Redakteuren gesprochen wird, dann eben innerhalb der Situationen, welche sie zur Demonstration gleicher Haltung veranlassten.

### **Herbst '89 – Neues Forum**

Innerhalb von wenigen Wochen änderte sich das Bild im Kontaktbüro des Neuen Forums Magdeburg grundsätzlich. In den ersten beiden Septemberwochen eher gelegentlich und vorsichtig aufgesucht, war in der Folgezeit der Ansturm von Antwort und Unterstützung suchenden bis zu spontan Sympathisierenden auf die von der Evangelischen Akademie zur Verfügung gestellten Räumlichkeit von den wenigen Forum-Mitarbeitern kaum zu bewältigen. Obgleich in dieser Zeit bekannterweise andere Bürgerinitiativen sich in Gründungen organisierten, die Sozialdemokraten von einer Gründungsinitiative zur SDP wurden, favorisierten die Westmedien, und nur diese lieferten relevante Situationsinformationen, das Neue Forum. Es mag schon eine Rolle gespielt haben, dass die Grünheider Forums-Gründer vom 9./10. November Bärbel Bohley, zum Ende '89 auch mit dem Titel „Mutter der Revolution“ beehrt, und Rolf Henrich den Medien als bereits bekannte Vertreter einer Opposition in der DDR galten. Interessierte und kritische DDR-Bürger kannten den Namen Bohley im Zusammenhang mit der Rosa-Luxemburg-Demonstration 1988 in Berlin; über Henrichs im Westen erschienenen Buch

---

„Der vormundschaftliche Staat“, wurde, obwohl in der DDR nicht erwerbbar, zumindest als Tatsache diskutiert. Gleichfalls sollte das Neue Forum – von seiner ursprünglichen Intention her eine Initiative – eine „Plattform“ zum Dialog aller an der Lösung der Staatskrise Interessierten sein, von vornherein also breite Schichten zur Mitarbeit ermuntern und einladen.

Im Magdeburger Kontaktbüro des Neuen Forums tätig sein hieß vor allem auch, den Menschen, welche bereit waren, an der Lösung der Staatskrise mitzuwirken, die aber erst einmal etwas über Ziele und politische Inhalte des Neuen Forums erfahren wollten, über Tendenzen gegen oder für Sozialismus, die Position des Neuen Forums darzulegen. Irritationen kamen auch auf Grund der gezielten verunglimpfenden Falschmeldungen nach den inzwischen hinreichend bekannten Methoden der Zersetzung zustande. Beteuerungen, das Neue Forum wolle nicht den Sozialismus abschaffen, sondern bewege sich auf dem Boden der DDR-Verfassung waren genauso an der Tagesordnung wie das Dementieren der Forums-Urheberschaft von Graffiti-sprüchen wie „Wer jetzt noch arbeitet ist selber schuld. Neues Forum“.

Diese Umstände sowie die ständig zunehmende Frequentierung des Kontaktbüros boten Anlass, eine andere Form der Bürgerinformation zu suchen. Vor allem auf Initiative von Reiner Krauß formierte sich im Oktober die Redaktionsgruppe des Neuen Forums mit dem vordergründigen Ziel, in eigener Sache authentisch und in Form von Flugblättern („Bezirksinfoblatt Neues Forum“) zu informieren. Ulrich Rogge, Reiner Krauß, Martin Derday und Thomas Etienne waren die Mitglieder der Redaktion, welche später auch die DAZ gestalteten. Um jene Zeit sich noch einmal vor Augen zu halten – es war durchaus möglich, dass die SED kurzerhand die Papierlieferungen an die Schreibwarenläden stark kontingentierte oder ganz einstellte, um nicht-genehmigten Druckerzeugnissen ihre Entstehung unmöglich zu machen. Demzufolge wurden nicht nur Texte erstellt und Materialien organisiert, sondern auch Krisenstrategien für bekannte Eventualitäten erarbeitet.

Zum Druck der Flugblätter bot sich die altherwürdige Wachsmatrizenmaschine der Evangelischen Akademie an. Bei einem Defekt konnte auf ein gleiches Modell in der Gemeinde St. Michael zurückgegriffen werden. Allerdings brachte die Erfahrung beim Verteilen der Flugblätter mit sich – verteilt wurde vor den Montagsversammlungen im Magdeburger Dom und vor Kundgebungen –, dass die Auflage von 2.000 Exemplaren, mehr war aus einer Matrize nicht herauszuholen, keinesfalls dem Informationsbedürfnis der Magdeburger genügte. Das Interesse an den Flugblättern war derartig stark, dass innerhalb weniger Minuten alle verteilt waren, es blieb also eine große Nachfrage. Die technischen Möglichkeiten ließen nur 2.000 Flugblätter zu, neue Wege, die Menschen zu erreichen, mussten gefunden werden. Vorstellung-



---

## Konkrete Schritte

Mit dem Umschwenken weg von der offiziellen Ablehnung und Diskriminierung und dem Signalisieren gemeinsamen Interesses an der Lösung gesellschaftlicher Probleme wurde es den neuen politischen Kräften sogar möglich, schmale Beiträge gelegentlich in der SED-Presse unterzubringen. Allerdings oblag es dem Chefredakteur des jeweiligen Organs, in Magdeburg eben die auflagenstarke „Volksstimme“, ob diese stets eigenverantwortlich gezeichneten Beiträge in einer Ausgabe untergebracht wurden oder nicht. Wieder oder immer noch war man – scharf betrachtet – in der Bittsteller-situation.

Ohne sich über nötige umfangreiche organisatorisch technische Voraussetzungen im Bilde zu sein, rein aus der bereits geschilderten Situation, war sich die Redaktionsgruppe des Neuen Forums einig, eine Zeitung zu gründen. Bereits am 4. 11. – jenem Tag, der drei Sprachen in Magdeburg, so Johanna und Günter Braun, ... *in der wie Rauch hinziehenden künstlichen Resolutionssprache, in der mit einem Mal wiedergefundenen natürlichen Sprache des Volkes, das an die Mikrofone trat, und in der hölzernen nichtsagenden unsinnlichen Redeform der alten Herrschenden, die durch ihre Sprechunfähigkeit bloßgestellt, das unbarmherzige Lachen der Versammelten ernteten* („Der kurze Herbst der Hoffnung“ in „Anstiftung zur Gewaltlosigkeit“, imPULS Verlag Magdeburg), wurde ein von mir in Auftrag gegebenes Transparent „Neues Forum will eigene Zeitung“ zur Kundgebung getragen.

Grundsätzlich bestand Übereinstimmung, dass es keineswegs nur eine Forumszeitung, sondern eine Zeitung der Opposition, also der medienmäßig sich in einem Vakuum befindenden neuen Gruppierungen werden sollte.

Wer in der DDR eine Zeitung gründen wollte, musste eine Lizenz dafür beantragen und sich diese beurkunden lassen. Die angeblichen Gründe dafür waren, dass bei nie ausreichender Papierproduktion „gerechte“ Materialverteilung erwogen werden musste oder, allgemeiner formuliert, die Entscheidung, ob eine neue Zeitung erscheinen könne, reinen volkswirtschaftlichen Zwängen unterlag. Also, gesetzt der Fall, die Tageszeitung einer der Blockparteien wäre so beliebt gewesen, dass sie nicht nur immer restlos ausverkauft, sondern auch eine darüber hinausgehende Nachfrage nachweisbar gewesen wäre: die Auflage der Zeitung wäre mit großer Sicherheit dennoch nicht erhöht worden.

Einer klärenden Aussprache zwischen den die Zeitung gestalten wollenden Vertretern von Neues Forum, SDP, Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt und Grüne Partei und dem Sekretär für Agitation und Propaganda bei

---

der Bezirksleitung der SED, Prof. Hinz, folgte die Beantragung der Lizenz beim Rat des Bezirkes Magdeburg, Abteilung Kultur. Mit der Genehmigung entsprechend dem Antrag für eine achtseitige Wochenzeitung, „Die Andere Zeitung“, im Halbrheinischen Format in der Auflage von 30.000 Exemplaren begannen die eigentlichen Probleme.

Keiner der angehenden Redakteure hatte ausreichende oder überhaupt redaktionelle Kenntnisse und Erfahrungen, wusste, wie ein Satzspiegel erstellt wird – damals alles noch per Hand auf Formblättern. Dass Artikel und Beiträge oft genug redigiert werden müssen war unbekannt. Ulrich Rogge kannte als gelernter Setzer die Materie noch am ehesten. Bekannt aber wurde sehr schnell in Magdeburg, dass aus Kreisen des Neuen Forums eine neue Zeitung entstehen würde. Ein moralischer Druck entstand. Es kamen ständig Anfragen nach der Zeitung, wann sie denn nun erscheine und ob die „Volksstimme“ das Erscheinen behindere.

Es galt Verträge mit der Volksstimme-Druckerei, zu dem Zeitpunkt bereits sich als unabhängige GmbH präsentierend, und mit dem Postzeitungsvertrieb abzuschließen. Vor allem aber galt es, die Fertigkeiten zu erlernen, der Setzerei einen ordnungsgemäßen Spiegel zu liefern. Das Problem des Layouts hatte sich glücklicherweise durch das Engagement des Gebrauchsgrafikers Thomas Ullrich gelöst, welcher die Klischees erarbeitete und bereitstellte. Gleichfalls gestaltete Ullrich Briefkopf und Stempel und gab deren Herstellung bei den entsprechenden Firmen in Auftrag.

Meine Anfrage bei der Redaktion der als MZ bekannten „Magdeburger Zeitung“, einer damals recht beliebten Wochenzeitung, ob es möglich wäre, den DAZ-Redakteuren eine Einführung in die Gestaltung eines Satzspiegels zu geben, wurde entgegenkommend beantwortet. Eine MZ-Redakteurin demonstrierte allen sehr verständlich das redaktionelle Handwerk.

Schließlich mit dem Beistand der Juristin Brigitta Andrae unterzeichnete ich die Verträge mit der Druckerei und der Post. Jetzt musste die Zeitung erscheinen.

## Der Name

Nach dem es von staatlicher Seite keine Einwände gegen das Erscheinen einer unabhängigen Zeitung gab und an ihrer Verwirklichung gearbeitet wurde, brauchte die Zeitung natürlich einen Namen. Vieles Nachdenken und Grübeln schafft selten etwas Originelles, nachdem so einiges verworfen wurde, einigte man sich auf den Namen „Neue Demokratie“. Die vorangegangenen Vorschläge müssen so verkrampft gewesen sein, dass dieser



# LIZENZURKUNDE

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK  
RAT DES BEZIRKES MAGDEBURG

LIZENZ-NR. 155

1. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Magdeburg erteilt hiermit  
der Reformgruppe NEUES FORUM- Kontaktbüro  
die Lizenz zur Herausgabe der Zeitung/Zeitschrift: "DAZ - Die andere Zeitung"
2. Chefredakteur der Zeitung/Zeitschrift: Thomas Etienne
3. Herausgeber der Zeitung/Zeitschrift: NEUES FORUM-Kontaktbüro
4. Die Zeitung/Zeitschrift erscheint im Verlag: Volksstimme Magdeburg
5. Inhalt der Zeitung/Zeitschrift: Wochenzeitung des Bezirkes  
Magdeburg
6. Zeitdauer der Gültigkeit der Lizenz: bis auf Widerruf
7. Lizenzrechtliche Angaben über die Zeitung/Zeitschrift:
  - a) Erscheinungsweise: 1 x wöchentlich
  - b) Auflage: 3.000 Exemplare
  - c) Umfang: 8 Seiten
  - d) Format: halbbreitwiegend
8. Diese Lizenz wird unter der Bedingung erteilt:
  - a) daß der Charakter des Presseerzeugnisses den gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik entspricht;
  - b) daß das auf Grund dieser Lizenz erscheinende Presseerzeugnis mit einem Impressum zu versehen ist, das enthält: Lizenzträger, Chefredakteur, Herausgeber, Verlag, Lizenzgeber und Lizenz-Nr. 155
  - c) sonstige Bedingungen: keine
9. Diese Lizenz ist nicht übertragbar. Sie kann, sofern die Voraussetzungen für die Erteilung der Lizenz nicht mehr gegeben sind, durch den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Magdeburg entzogen werden.
10. Anzahl der dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Magdeburg einzureichenden Belegexemplare: 1

Magdeburg, den 1.1.1990

RAT DES BEZIRKES MAGDEBURG

*L. A. [Signature]*  
(Lizenzgeber)



*[Signature]*  
Vorsitzender

altbackene Name mit Zufriedenheit angenommen wurde. Hans-Jochen Tschiche hatte allerdings ausreichend Abstand, um sein Missfallen an der „Neuen Demokratie“ zu äußern. Von ihm kam dann der Vorschlag „Die Andere Zeitung“, der als erlösend mit Freude angenommen und endgültig wurde. Die Urheberschaft muss aber noch woanders gelegen haben, denn bei der Leipziger Landesdelegiertenkonferenz des Neuen Forums im Januar gab es große Heiterkeit; die verschiedenen Bezirke stellten ihre zu erwartenden Zeitungen vor, dreimal hintereinander hieß sie „Die Andere Zeitung“, die Ringparabel einer Bürgerinitiative. Und tatsächlich gab es ab Januar '90 dreimal die DAZ in der Noch-DDR; der Akzent der Berliner Variante lag allerdings mehr auf „Die Andere“. Schwierigkeiten gab es mit einem Mal bei den Verhandlungen mit dem Postzeitungsvertrieb; die Berliner hatten ihr DDR-weites Erscheinen bereits vertraglich unter Dach und Fach, wurde also in alle 14 Bezirke geliefert. Es hatte viel Schweiß gekostet, die Befürchtungen der Post zu zerstreuen, bei der Abrechnung durcheinander zu kommen, indem die Magdeburger DAZ in den Papieren der Post als „Die Andere Zeitung Magdeburg“ registriert wurde.

## Profil und Positionen

Die DAZ war ein Verkaufsobjekt. Der Erlös von 85 Pfennigen pro Exemplar sollte die Existenz der Zeitung gewährleisten. Insofern stand die Frage der inhaltlichen Gestaltung auch unter der Prämisse, genügend interessierte Leser zu finden. Das waren die wirtschaftlichen Tatsachen.

Die Zeiten hatten sich geändert. Das Unternehmen, Ziele und Inhalte der Bürgerbewegung und neuen Parteien in ihren verschiedensten Gruppierungen in breiten Bleiwüsten zu präsentieren, stieß immer mehr bei den Lesern auf Ablehnung. Entsprechende Rückmeldungen von sympathisierenden DAZ-Lesern kamen nicht nur vereinzelt. Gerade die zweite Ausgabe vom 24. Januar brachte per Telefon und Post eine Reihe von missbilligenden Äußerungen zu den wortreichen Programmatiken von Demokratischer Aufbruch („Wir gestalten das Jahr 1990 mit“) und Grüne Partei („Grüne Partei warum? Antworten gibt ihre Gesellschaftsproblematik“). Wer sich zu einer Gruppierung hingezogen fühlte oder nur etwas über sie wissen wollte, konnte Infomaterial bei deren Büro besorgen. Opposition gehörte im Januar 1990 bereits zur DDR-Normalität und ein Großteil der Bürger harnte einer besseren Zukunft – in Erwartung einer stabilen konservativen Administration.

Was die Gemüter allerdings immer noch erregte, war das zähe Festhalten der SED an Positionen in den Betrieben und nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen. Auch die Spätrevolte ihrer Parteibasis ging an dieser Tatsache vorbei.

---

In den redaktionellen Diskussionen um die inhaltliche Ausrichtung der Zeitung gab es verschiedene Tendenzen für ein Profil. Beizeiten verworfen wurde der noch unter der Illusion basisdemokratischer Wirksamkeit stehende Versuch, die Zeitung zu großen Teilen von den Lesern durch deren Beiträge gestalten zu lassen. Die meisten eingehenden Texte waren, obwohl manchmal wie Schulaufsätze, gut geschrieben, aber ähnelten einander schon am Anfang: „... durch die vierzigjährige Politik der SED ...“ Die Kausalitäten der Misere waren bekannt, neu war, dass man sie offen, ohne Furcht vor Repressionen beim Namen nannte. Viele, gerade ältere Menschen wollten ihren Unwillen darüber, dass sie sich durch das Regime betrogen fühlten, ausdrücken.

Die Stasithematik zog sich, wie an anderer Stelle schon erwähnt, durch sämtliche Ausgaben der DAZ. Bernd Schullcke, als Bürgerkomiteekordinator mit dieser Materie bestens vertraut, schrieb kontinuierlich die Artikel, die der DAZ wegen ihrer damaligen Brisanz auch letztendlich Gewicht gaben und starke Resonanz bei den Lesern erzeugten.

Der anstehenden Wiedervereinigung standen alle DAZ-Redakteure skeptisch gegenüber. Als Tatsache war sie nicht mehr wegzudenken. Der Widerspruch bestand darin: Man musste zugestehen, dass die Errungenschaften und gesteckten Ziele gerade des Neuen Forums, nämlich Mündigkeit des Bürgers nicht nur gegenüber ideologischen und administrativen Zwängen sondern auch generell, die Akzeptanz verlangten, dass der Bürger sich entschied, wie er es für richtig hielt, und zu den unanfechtbaren Spielregeln der Demokratie gehört das Anerkennen des Willens von Mehrheiten.

Waren Worte wie „ökologisch“ und „Bürgerrecht“ vor dem Herbst '89 auf der einen Seite Reizworte für das Regime, andererseits markante Attribute einer gewünschten und auch mitunter konzeptionell ausgedachten Gegenwelt, so wirkten sie im Sprachgebrauch Anfang '90 bereits abgenutzt und ermüdend. Die Argumente für eine Eigenständigkeit der DDR und ein bedeutend paritätischeres Herangehen an eine mögliche Wiedervereinigung, wie leidenschaftlich sie auch vorgetragen wurden, erschienen phrasenhaft und auch kläglich. Der größte Teil der Bevölkerung zog die Kopie der vergleichbaren realen wirtschaftlichen wie sozialen Sicherheit der BRD einer eigenständigen auf unsicheren und maroden wirtschaftlichen Gegebenheiten basierenden Gesellschaft mit vagem Ausgang vor. Der Slogan der Konservativen „Keine Experimente mehr“ war in Hinblick auf die Stabilität der Gesellschaft und das Verlangen der meisten Menschen völlig berechtigt. Als Vergleich bietet sich ein Blick auf die Entwicklungen der ehemaligen Ostblockstaaten und ihre wirtschaftliche wie aber auch demokratische Situation an.

---

Im Hinblick auf die vorgezogene Volkskammerwahl veränderte sich die Aufmerksamkeit der DDR-Bürger. Befürchtungen betreffend zukünftige soziale Destabilität, Arbeitslosigkeit, zunehmende Wirtschafts- und andere Kriminalität sowie völlig gelähmte Ordnungsorgane entstanden bereits im Februar und waren Motiv, Alternativen auf der Grundlage verlässlicher Vergleiche zu suchen. Die SPD ausgenommen zweifelte man, kompetente Kapazitäten und fundierte Problemlösungen gerade bei den nicht mit Blockparteien kollaborierenden neuen Gruppierungen zu finden.

Mit den populären Politikern Kohl und auf liberaler Seite Genscher wurde der Wahlkampf für die Allianz für Deutschland und den Bund freier Demokraten bedeutend offensiver und professioneller geführt.

Die Situation der ehemaligen Blockparteien war eine Besonderheit. 40 Jahre lang im Fahrwasser der SED als politischer Grundvoraussetzung ihrer Existenz, konnten hier vor '89 natürlich keine anderen Positionen als „nur mit dem Sozialismus“ und „nur durch den Sozialismus“ deklariert werden. Allerdings wirkte es schon ausgesprochen befremdlich, wenn von gestandenen Funktionären dann die Wahlkampfparole „Nie wieder Sozialismus“ zu hören war. Die non-opportunistische Haltung der DDR-Bürgerrechtler wurde hier ziemlich herausgefordert, auch die DAZ-Redakteure fühlten sich provoziert.

Der auf Grund der Atemlosigkeit im Aufspüren, Reagieren und Organisieren des Wettlaufs gegen die teilweise elastische Art der SED, auch unauffällig Schlüsselpositionen generell politischer wie kommunaler Macht zu besetzen, verständlicherweise fehlende Abstand, der nötig gewesen wäre, um die Dinge in nötiger Klarheit zu sehen, zu begreifen, dass die DDR nach dem Herbst '89 als gleichgewichtiger Partner für eine Wiedervereinigung nur in der Trance des Revolutionsgefühls existierte, war ein Phänomen der Bürgerrechtler und der DAZ-Redakteure in dieser Zeit. Für sie war es selbstverständlich, das Wahlprogramm der Bürgerrechtler abzdrukken und nur den drei Spitzenkandidaten des im Hinblick auf die Volkskammerwahl gegründeten Bündnis 90 ihre Aufmerksamkeit zu widmen: Hans-Jochen Tschiche, Neues Forum, Dr. Ernst Dörfler, Grüne Partei und Gerhard Ruden, Initiative Frieden und Menschenrechte.

### **Redakteure**

Wie bereits erwähnt bildeten Ulrich Rogge, Reiner Krauß, Martin Derday, Thomas Etienne, den Kern der Redaktionsgruppe des Neuen Forums, auch die erste Redaktion der DAZ. Dazu kamen die Kunstwissenschaftlerin Susan-

---

ne Schweidler, verantwortlich für den kulturellen Teil, später noch Torsten Boek und René Schulz. Als Fotografen arbeiteten Matthias Pavel und Kurt Wiemann für die DAZ. Und natürlich anfangs Reiner Krauße.

Martin Derday, stellvertretender Chefredakteur bis er nimmer gesehen wurde, ursprünglich Kantor im kirchlichen Dienst, sorgte dafür, dass Kirchenton gar nicht erst aufkam sondern eine eher provokante Tendenz, in sprachlicher Knappheit die Dinge ohne Umschweife auf den Punkt zu bringen, zum DAZ-Ton gehörte.

Versöhnlicher in der Sprache, aber immer auf gesellschaftliche Problematiken zugehend waren Ulrich Rogges Beiträge orientiert. Er benutzte auch die Pseudonyme P. Gregor und U. Perey. Seine Kommentare zum innen- wie außenpolitischen Geschehen, Reportagen und auch seine feinsinnig satirischen Horoskope wurden sehr gern gelesen. Auch identifizierten sich viele Leser mit seinen unaufdringlichen Appellen zu politischer Vernunft und einer daraus resultierenden Moral.

Reiner Krauße hat einen energischen und entscheidenden Beitrag zur Organisation der DAZ geleistet. Unermüdet motivierte er die Forums-Redakteure für die Verwirklichung des Zeitungs-Gedanken. Als leidenschaftlicher Fotograf lieferte er Fotos, schrieb auch Artikel. Nach seiner Entscheidung, eine andere ihm wichtige Anstellung anzunehmen, war er stets noch zu Beiträgen und für Mitarbeit ansprechbar.

Susanne Schweidler, von Beginn an beim Neuen Forum, dort vergeblich bemüht, einen Kunst- und Kulturkreis aufzubauen, wurde von mir gewonnen, sich den kulturellen Bereichen für die DAZ zu widmen. Außerdem übernahm sie die nicht jedermann liegende Aufgabe, sich um die um Mitarbeit Bewerbenden zu kümmern.

Thomas Etienne nahm die Wahl zum Chefredakteur an und übernahm damit die Verantwortung für die Zeitung. Er schrieb Kommentare, redigierte Artikel, erstellte den Gesamtsatzspiegel und war Ansprechpartner für die Leser.

Torsten Boek und René Schulz kamen als Redakteure dazu, als Martin Derday spurlos verschwand und Reiner Krauße sich einem anderen Aufgabenbereich widmete. Neben redaktionellen Aufgaben schrieb Torsten Boek Reportagen u. a. über in der DDR lebende Vietnamesen und ihre damalige Situation. Umsichtig und agil, wurde er zum stellvertretenden Chefredakteur berufen. René Schulz widmete sich neben redaktionstechnischen Aufgaben der Gestaltung einer Sportseite.

Einen besonderen Status besaß Bernd Schullcke. Als Koordinator für die DDR-weite Zusammenarbeit der bezirklichen Bürgerkomitees erhielt er ei-

---

---

nen Telefonanschluss in seine Wohnung, war in Magdeburg über die Redaktion wie auch zu Hause erreichbar und wurde über beide Kanäle gesucht. Seine Artikel über Staatssicherheit und Seilschaften, meist mit spöttischer Polemik gewürzt und auch unter den Pseudonymen Konrad Kommenti und Willi Wühl erscheinend, waren unbestritten die eigentlichen Renner der DAZ. Es waren die Artikel, welche die meiste Reaktion und auch den meisten Zuspruch erfuhren.

## Mitarbeiter

Als Mitarbeiter werden hier Personen bezeichnet, die in gewisser Regelmäßigkeit für die DAZ Informationen und Beiträge lieferten.

Die Magdeburger Schriftsteller Johanna und Günter Braun standen der DAZ von Anfang an mit Sympathie gegenüber. In der DDR wie auch in der BRD bekannt geworden mit kritischer phantastischer bzw. Science-Fiction-Literatur, brachte ihre kompromisslose Haltung zur Biermannausbürgerung ihnen die Schikanen des Regimes ein; beide traten aus dem Schriftstellerverband der DDR aus. Johanna und Günter Braun erinnerten in einem Beitrag an den ziemlich in Vergessenheit geratenen Magdeburger expressionistischen Dramatiker Georg Kaiser.

Nach einem Besuch bei Stanisław Lem schrieben sie darüber einen Artikel für die DAZ („Stanislaw Lem grüßt DAZ-Leser“).

Dietmar Meckel, evangelischer Pfarrer und Abenteurer, gelang es wie selbstverständlich, sich ohne Berufung und Mandat an den zentralen Runden Tisch in Berlin zu schmuggeln und die DAZ mit brandaktuellen Informationen und Dokumenten zu versorgen.

Peter Dömeland kompensierte mit seinen niveaувollen und gern gelesenen Beiträgen zu Stadtdenkmälern wie Hubbrücke, Klusdamm, Dampfer „Württemberg“ u. a. und Stadtgeschichte die gelegentliche Schräglage der DAZ. Mit seinem Artikel über Ernst Reuter machte er auf eine für Magdeburg bedeutende Persönlichkeit der jüngeren Geschichte aufmerksam.

Literarische Beiträge, kurze Erzählungen, lieferte der Schriftsteller Ludwig Schumann aus Großrodensleben. Seine satirischen, teilweise in Börde-Mundart geschriebenen Geschichten passten ausgezeichnet zum Tenor der DAZ.

Eine unter dem Pseudonym Sara Lozzi schreibende junge Frau machte ihre Schreiblust zum Beruf, studierte Journalistik, lebt und arbeitet heute in England. Sie schrieb u. a. für die DAZ über Orwells „Farm der Tiere“, über eine

---



Zeichnung: Bernd Schweidler,  
Niederndodeleben

### Gesetzt. Gedruckt. Geliefert

Das Neue Forum war im Dezember '89 umgezogen. Sowohl die Evangelische Akademie war erleichtert, ihren Raum wieder zu haben, wie das Forum auch, da es jetzt in der Hegelstraße 28 eine Siebenraumwohnung zum Wirken hatte. Ein Raum davon gehörte der Redaktion.

Ein paar zusammengesuchte Tische, Stühle und eine Art Kleiderschrank waren das ganze Mobiliar, ein Telefon und eine Schreibmaschine die technische Ausrüstung, dazu noch die vom Verlag „Volksstimme“ zur Verfügung gestellten Zeilenlineale und Fotoschablonen. Hier sollte eine Zeitung nahe einer creatio ex nihilo-Situation redaktionell für Satz und Druck vorbereitet werden. Nach einer ausgeglichenen Redaktionssitzung mit Dietmar Andrae von Demokratie Jetzt, Steffen Lesche von der Grünen Partei, Gerhard Neu-

Ausstellung des Magdeburger Künstlers Dieter Ladewig und eine Rezension über das „Kugeltranszendente Vorhaben“ der Brauns, ein Buch, dass nach seinem Erscheinen bei Suhrkamp jetzt in der DDR verlegt werden sollte.

Dr. Gerhard Loettel, in Magdeburg als Öko-Pfarrer bekannt, schrieb, abgesehen von seinem Intermezzo als führende Person des Demokratischen Aufbruchs in Magdeburg zu ökologischen Themen.

Bernd Schweidler lieferte eine Zeit lang die typischen Karikaturen für die DAZ und illustrierte eine Geschichte von Ludwig Schumann.

Ger und Trude, zwei Comic-Figuren aus der Hand des Magdeburger Grafikers Peter Schwill bewegten sich grotesk in einer Bilderfolge über die vorletzte Seite der DAZ. Vor der Volkskammerwahl zierte eine Karikatur von Peter Schwill die Titelseite der DAZ.

Neu  
und unabhängig!

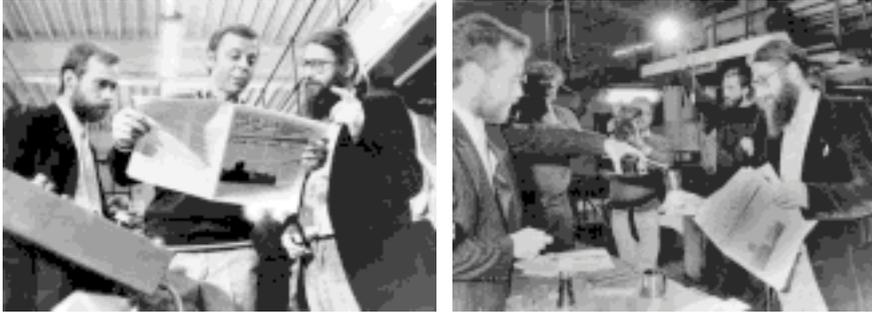


Wöchentlich.

**Ab jetzt im Kiosk.**

**Ab jetzt im Kiosk.**

*Design: Ulbrich*



Die erste Ausgabe ist fertig: Obermeister Zeitungsherstellung Rolf Vehlhut (linkes Bild, Mitte) mit den Redakteuren Martin Derday und Thomas Etienne (Fotos: unbekannt)



Thomas Etienne mit den ersten druckfrischen Exemplaren (Foto: Reiner Krauß, Magdeburg)



Der Verkauf beginnt (Foto: Reiner Krauß, Magdeburg)

mann vom Demokratischen Aufbruch und Reiner Krauß und Thomas Etienne vom Neuen Forum, dem textlichen und bildlichen Zusammenstellen der Zeitung, wurde mit Zeilenlineal und Fotoschablone der Satzspiegel, zunächst noch relativ unbeholfen, erstellt. Am 16. 01. abends war Presse-termin zum Andruck, ADN, DDR-Fernsehen (Aktuelle Kamera) und NDR. Die ersten Exemplare der DAZ kamen aus den Maschinen und liefen über die Bänder, ein Grund zum Feiern. Ich war allerdings in Sorge, da ich kaum relevantes Material für die nächste Ausgabe bereit hatte. Am 17. war die DAZ in den Fenstern der Zeitungskioske in Magdeburg wie auch in den Kreisstädten zu sehen und alle 30.000 Exemplare waren binnen kurzem verkauft.

Ein Artikel von Prof. Dr. Gerald Wolf fand bei Lesern, welche ähnliche Befürchtungen hegten, regen Zuspruch, „Restauration“. Hier heißt es auszugsweise: ... *Das neue Statut legt die SED abermals auf Sozialismus fest, ohne sich so recht äußern zu wollen, was das ist. Nicht mehr um den alten, stalinistischen Sozialismus gehe es, sondern ein neuer, ein demokratischer, wird deklariert. „SED-PDS“ heißt es nun. Wie vermessen, wie demagogisch, ist der Anspruch, jetzt aber ganz bestimmt und wirklich demokratisch sein zu wollen! Denn nur zu gut weiß die Partei um die durch und durch stalinistisch organisierte Macht im Lande, die ihr gehört, wie sie schon immer ihr gehörte,*

---

und über die sie eifersüchtig wacht ... So mag man mir, einem (seit jeher parteilosen) Wissenschaftler, vielleicht auch eine Vermessenheit gestatten, nämlich in Sorge um unser aller Zukunft an die Mitglieder der SED zu appellieren:

Verzichten Sie auf eine Restauration ihrer Partei! Lassen Sie von den alten Machtstrukturen ab! Die Bevölkerung ist gewarnt und wird der SED stets mit Zurückhaltung begegnen. Zu schlimm sind die Erfahrungen die man mit ihr und ihren Bruderparteien bisher überall in der Welt gemacht hat. Die Winkelzüge, die um die wahre Kampfesreserve der Partei, um die Stasi und deren hydrenartige Nachkommenschaft in der Gegenwart unternommen werden, haben das Volk in seiner Vorsicht bestärkt. Angst vor einem Wiedererstarken der SED kommt auf.

Fordern Sie selbst die Auflösung der Partei! Erkennen Sie darin eine patriotische Notwendigkeit! Mit der Auflösung entpflichtet die SED einen Großteil der fachlich kompetenten Menschen unseres Landes. Die neuen und unbelasteten Gruppen brauchen diese „Kader“ für unseren demokratischen Neubeginn und der darf auf keinen Fall verspielt werden.

Vielen erschien das Verhalten der SED-PDS in dieser Zeit als besonders dreist und als Etikettenschwindel. Mit der Feststellung, dass sich diese Partei nie ändern werde, verließen der stellvertretende Parteivorsitzende Berghofer sowie 40 weitere Mitglieder aus seinem Kreis am 21. 01. die Partei. Allerdings scheint es zwischen dem Widerspruch des Parteiausschlusses von Krenz und der mit einer gewissen Parallelität erfolgten Wahl Modrows zum Ehrenvorsitzenden keine andere Logik als die des Populismus zu geben.

Noch mehr Zuspruch erfuhr der Artikel von Bernd Schullcke über ein Treffen der Bürgerkomiteekordinatoren in Leipzig („Viele Fragen – wenige Antworten“):

Im Zusammenhang mit der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit bekamen die Regierenden auf allen Ebenen zu spüren, wie weit ihre Autorität in der Bevölkerung noch reicht. Zur Verhinderung von Eskalationen wurden im ganzen Land Bürgerkomitees berufen. Diese Komitees waren gut genug, den Puffer in brisanten Situationen zwischen der aufgebrachten Bevölkerung und dem verhassten Staatssicherheitsdienst zu bilden. Als man nun der Meinung war, diese Aufgabe sei erfüllt worden, versuchte man ihnen die Legitimation wieder zu entziehen. In unserer Stadt geschah das namentlich durch den amtierenden Oberbürgermeister, Dr. Nothe, in den Verhandlungen am Runden Tisch. Dieser Tisch entschied jedoch anders und

---

---

sprach sich mehrheitlich für die Weiterarbeit des Komitees aus, um die weitere Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit unter Bürgerkontrolle zu belassen.

In völliger Zeitparallelität setzte die Regierung Modrow kommissarisch in allen Bezirken beauftragte Kommissionen ein, um diesen Prozess überwachen zu lassen.

Dank unserer auflagenstarken sozialistischen Presse herrscht jedoch wenig Klarheit über die Arbeit dieser Bürgerkomitees. Einige grundsätzliche Probleme müssen daher auch ohne die „Volksstimme“ die Öffentlichkeit erreichen. Beim ersten Koordinierungstreffen in Leipzig traten viele Dinge deutlicher ans Licht, die man als einzelner Bezirk nicht sehen konnte. So gibt es ganz offensichtlich eine einheitliche Linie dieser Regierungsvertreter [die sich später nahezu alle als OibE erwiesen – Anm. T. E.], der Herren des Amtes und der Staatsanwaltschaft, die Arbeit der Bürgerkomitees zu erschweren oder gar zu verhindern. Die noch leitenden Mitarbeiter des Amtes für Nationale Sicherheit zeigen keinerlei Bereitschaft, an der Aufklärung der gegen sie erhobenen Vorwürfe mitzuwirken. Im Gegenteil! Vertuschungs- und Vernichtungsaktionen sind erwiesen. Die Staatsanwaltschaft zeigt keinerlei Eigeninitiative, sondern muss wie ein Kleinkind an der Hand zu jedem verdächtigen Ort von Mitgliedern des Bürgerkomitees gebeten werden. Auf den Wahrheitsgehalt der Aussagen legen die ehemaligen Mitarbeiter der Staatssicherheit wenig Wert. Man gibt im übrigen nur das zu, was durch die Mitglieder der unabhängigen Gruppierungen ohnedies bewiesen wurde. Die Auflösung der Dienststellen geht nur sehr schleppend voran und wird durch die Hoffnung vieler Mitarbeiter auf eine direkte Übernahme in einen Verfassungsschutz sicher nicht beschleunigt.

Die Hauptecken des Leipziger Treffens lag jedoch in der Offenlegung der engen Verquickung zwischen dem MfS, der NVA und der SED. Die Bezirkseinsatzleitungen unterstanden dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung und waren somit der Befehlsstand für das MfS und die NVA in Krisenfällen. Dies konnte in einigen Bezirken durch das Versiegeln von Dienstabweisungen und Protokollen dieser BEL's bewiesen werden. Es wird auch nicht bestritten, dass die SED-Bezirksleitung Empfänger von Akten der Staatssicherheit war. In einigen Bezirken wurden die versiegelten BEL's hinter dem Rücken der Bürgerkomitees sogar von den Regierungsvertretern und Staatsanwälten gemeinsam wieder geöffnet und ihrer alten Bestimmung zurückgegeben. ...

---

---

*Die alten verhängnisvollen Strukturen werden von der Regierung Modrow restauriert. Die Bürgerkomitees geraten überall unter starken Druck von Regierungsbeauftragten und Staatsanwälten, einer baldigen Vernichtung von als unwichtig angesehenen Materialien zuzustimmen. Gleichzeitig beklagt man jedoch den mangelnden Gesamtüberblick hinsichtlich der Strukturen und der Arbeitsweise des ehemaligen MfS. Vielerorts stehen diese Bürgerkomitees bereits vor der Entscheidung zwischen einer sinnvollen Weiterarbeit mit größten Problemen oder einer konsequenten Auflösung zur Wahrung der politischen Unabhängigkeit. Die Leipziger Forderungen müssen deshalb unverzüglich durchgesetzt werden. Das heißt: Rückzug der SED aus allen Machtpositionen, Stopp jeglicher politischer Beeinflussung insbesondere im Bereich der Sicherheitsorgane, Abbau aller Sonderkommunikationsmittel der SED-PDS und Einleitung umfassender Ermittlungen gegen die SED als Befehlsgeber eines als verfassungsfeindlich eingestuftes MfS. Die Staatsanwaltschaft hat hier den Prüfstein für den Beweis ihrer sooft beteuerten Integrität.*

*Eines kann man jedenfalls als Mitglied eines solchen Bürgerkomitees den fragenden Menschen nicht vermitteln, nämlich das Gefühl der Sicherheit vor dem erneuten Aufkeimen derartiger Stasipraktiken.*

Ich widmete einen Beitrag dem Spektrum zwischen national und nationalistisch, den Republikanern und scheinbar unabhängigen Gruppen mit faschistischen Organisationsformen, der „Gefahr von rechts“, ein zu diesem Zeitpunkt der Bewusstheit eines DDR-Menschen wenig bekanntes Phänomen. Rechte militante Unternehmungen, das waren vage Erinnerungen, irgendwann hatte man mal etwas von einer Wehrsportgruppe Hoffmann in der BRD und wenn überhaupt, dann eher äußerst selten noch anderen ähnlichen Dingen gehört. Eine Studie des Dokumentarfilmers Konrad Weiß hatte alle bekannten Informationen über Skinheads und faschistische Tendenzen in der DDR gesammelt. Auch ohne das Vorliegen statistischen Materials war die Studie alarmierend, weil dieser Seite im Vertrauen auf wenigstens die antifaschistische Ausrichtung der DDR-Administration, bisher keine Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

### **Aktenvernichtung war nicht nur ein Thema des Herbst '89**

Nach den großen Akten-Vernichtungsaktionen im November '89 in der Bezirksverwaltung des MfS gibt es auch 1990 skandalöse Vorgänge dieser Art. Am 24. 01. berichtete die DAZ über einen Fund von im Reißwolf ver-

---

nichteten Akten („Vernichtete Akten versteckt“). Ein aufmerksamer Schlossermeister hatte den Fund in einem Waldstück entdeckt.

Nicht nur die Stasi, auch die SED vernichtete auch noch als sie sich PDS nannte. In der Ausgabe vom 28. 03. berichtete die DAZ über dieses Thema in Wolmirstedt:

*... In Wolmirstedt beauftragte der Runde Tisch des Kreises am 13. Februar 1990 eine Arbeitsgruppe, Akten in der SED-PDS-Kreisleitung einzusehen vor der Verkollerung. Die Beauftragten, Herr Grau und Herr Krüger, hatten gerade nachgewiesen, daß die PDS weiterhin das Haus der ehemaligen Kreis- und Bezirksleitung nutzt ...*

*Die Aktensichtung durch die Arbeitsgruppe brachte sofort die Erkenntnis, daß Akten fehlen, nämlich die Protokolle zu den Kommunalwahlen vom Mai 1989. Dazu kam, daß das Archiv im PDS-Kreisvorstand geräumt werden sollte. Der Bitte der Beauftragten des Runden Tisches, die Räumung des Archivs um einige Tage zu verschieben, wurde nicht stattgegeben, was die Arbeit erschwerte.*

*Am 20. Februar wurden 3 Protokolle der Kreisleitungssitzungen vom 7. Mai 1989 zur Einsicht gegeben. Die Protokolle gaben Auskunft über die Sitzungen um 9.30, um 11.30 und um 20.00 Uhr. Eine bemerkenswerte Abweichung war hieraus ersichtlich. Die ersten beiden Protokolle zeigten präzise die Wahlbeteiligung zur vorhergehenden vollen Stunde (9 Uhr und 11 Uhr), hingegen fehlten diese Angaben im dritten Protokoll. Die Kreisleitungssitzung fand bereits 150 Minuten nach Schließung der Wahllokale statt, dennoch nichts Genaues.*

*Dafür war das Protokoll vom 8. Mai um so ausführlicher mit den hinlänglich bekannten Erfolgsmeldungen gefüllt.*

*In dem Zusammenhang müssen die Wahlberichte aus den Gemeinden erwähnt werden. Viele enthielten eine namentliche Aufzählung der Wahlverweigerer.*

*Auffällig war die Offenheit der PDS am Runden Tisch, mit der sie die Einsichtnahme in die Akten gestattete. Der Grund dafür sollte sich bald herausstellen. Es wurde eine Kartei aufgefunden, die in der Hektik der Vernichtung übersehen wurde und aus der eindeutig hervorgeht, daß in der Zeit vom 1. Dezember bis zum 15. Dezember eine Vernichtungsaktion großen Ausmaßes seitens der SED-PDS durchgeführt wurde. Die vernichteten Akten beinhalteten Berichte über Antragsteller zur ständigen Ausreise in die BRD und nach Westberlin, die materielle Sicherstellung der Mitarbeiter der ehemaligen Kreisleitung, Befehle ziviler und uniformierter betrieblicher Sicher-*

---

heitskräfte, Befehle über operative Führung der Kampfgruppen, Sachleistungen vom Ministerrat, Kirchenaktivitäten aller Art sowie diverse Fernschreiben an die Bezirksleitung. Weiterhin wurden noch einige Karteien mit Codenamen wie beispielsweise 'Seidenfaden' vom April 1989 (Seide stammt bekanntlich aus China) gefunden. Bei anderen Akten, die nach dem Oktober erst angelegt wurden, kann von einer gewissen Fündigkeit gesprochen werden: Berichte und Informationen aus dem VPKA, den Betrieben und Gemeinden. Es ist ersichtlich, wer alles der Kreisleitung verpflichtet gewesen ist, vor allem die Abteilung Inneres, der Kreisstaatsanwalt, die Kreissparkasse.

Den größten Umfang hatten Berichte über Kirchenvertreter und kirchliche Aktivitäten sowie über Ausreiseantragsteller. Über dies hinaus wurden beim Rat des Kreises, Abteilung Inneres, Berichte und Statistiken über deren Wohnverhältnisse, Vermögensverhältnisse und Arbeitsverhältnisse regelmäßig an die Kreisleitung gesandt.

Nicht nur, daß jede Menge Akten vernichtet wurden, auch wegtransportiert wurden sie zwischen 13. und 20. Februar 1990 schränkeweise, und zwar uneingesehen in Richtung Bezirksvorstand der PDS. Was mit diesen Akten dort passiert ist, bleibt Spekulation ...

Wie der „Seilschaften“-Thematik widmete sich die DAZ auch Missständen in den Betrieben. Am 14. 02. erschien ein Artikel von Reiner Krauß über die Arbeitsbedingungen im Heizkraftwerk Rothensee („Katastrophale Arbeitsbedingungen“). Es war noch die Zeit des Zusammenhaltes der Belegschaften und der Bereitschaft zu spontanen demonstrativen Streiks. So schien es auch im Heizkraftwerk keine andere Möglichkeit mehr zu geben. Es gab aber noch eine und die hieß DAZ. Kraftwerksarbeiter wiesen auch auf die ökologische Misere innerhalb des Betriebsgeländes hin:

... Filteranlagen, die eigentlich für Steinkohlebeheizung bestimmt waren, werden mit 60–70-prozentigem Ascheausstoß, der bei der Verbrennung der „Blumenerde“, wie hier die Braunkohle genannt wird, anfällt, nicht fertig. Hinter der Filteranlage ein überdimensionaler Ascheberg. Nachts, so erläutern mir die Fahrer, kann die Asche nicht auf die Deponie gefahren werden, deshalb wird sie hier zwischengelagert. Aus dem Zwischenlager scheint ein Endlager geworden zu sein.

Aber auch die Deponie hielt noch Überraschungen bereit. In unmittelbarer Nähe der Elbe, links neben der Autobahnbrücke aus Richtung Marienborn kommend, werden hier pro Schicht zwischen zwanzig bis dreißig LKW-Ladungen Asche verkippt ... Aber besonders mulmig wurde mir beim Anblick der riesigen Berge von Asbestabfällen und Asbeststaub. Die Halde wird nämlich vom Astbestwerk mitbenutzt ...

---

---

Andere Betriebe waren IFA-Vertrieb, Härtol und SERO. Hier lagen die Probleme vordergründig in der Willkür der Betriebsleitungen. Die „Wem es nicht passt, der kann ja seine Papiere holen“-Mentalität hatte ihren Grund auch in dem Umstand, dass Arbeitnehmern nicht mehr nur bei groben Verstößen gegen die Arbeitsordnung gekündigt werden konnte.

Nach Erscheinen des Artikels von Bernd Schullcke über die Missstände im Härtol-Werk („Linke Dinger bei Härtol“) – unmittelbar darauf nahm sich eine große deutsche Tageszeitung der Härtolgeschichte an –, lud die Direktion Bernd Schullcke und mich zur Darstellung ihrer Sicht der Dinge ein. Im Grunde war es drollig: Von Belegschaft und Betriebsrat auch wegen „fachlicher Inkompetenz“ abgewählt, warf sie nun das gleiche dem gesamten restlichen Betrieb vor und trug uns an, ihre „richtige“ Darstellung zu veröffentlichen. Mit dem Nichteingehen auf meine Forderung, dass es dazu nötig sei, die Angelegenheit noch einmal gemeinsam mit dem Betriebsrat durchzusprechen, hatte sich ihr Anliegen allerdings erledigt. Davon wollten die drei Direktoren nichts wissen.

Mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum Herbst '89 änderte sich auch das Verhalten der Arbeitnehmer und Angestellten. Die Umwandlung von Organisationsformen staatlichem Eigentums in private Kapitalgesellschaften brachte oft genug die Erfahrung, dass sich an der ursprünglichen personellen Hierarchie nichts geändert hatte. Die Furcht, den Arbeitsplatz zu verlieren, ließ Menschen wieder schweigsamer werden. Wer mit Nachdruck meinte, betriebliche permanente Verfahrenheiten in einem Satz mit mangelnden Fähigkeiten von Betriebsleitern nennen zu müssen, riskierte, wegen „Störung des Betriebsfriedens“ gekündigt zu werden. In zwei Fällen, bei denen die Aussagen von Angestellten unerlässlich gewesen wären, um die Korruption von Betriebsleitern zu manifestieren, war es aufgrund der verständlichen Vorsicht der Angestellten leider nicht möglich, die Beiträge in der Zeitung zu bringen.

Der Umzug der Redaktion aus dem einen Raum in der Hegelstraße in eine ganze Etage in der Lessingstraße in Stadtfeld, ehemalige FDJ-Räume, erwies sich als angenehm. Nicht nur, dass man den technischen Nöten des Neuen Forums nicht mehr ausgesetzt war: von beiden Telefonen in der Hegelstraße funktionierte nur das der Redaktion richtig, dementsprechend war ständig jemand vom Forum zum Telefonieren da. In der Lessingstraße konnte daran gearbeitet werden, die DAZ in ihrem Umfang von ursprünglich 8 auf 16 Seiten zu erweitern, so dass sie auch in ihrer Griffigkeit nicht mehr so sehr an eine DDR-Betriebszeitung erinnerte.

---

---

## Das Treffen in Berlin

Selbstverständlich war Magdeburg nicht die einzige Stadt, in der neue Zeitungen gegründet wurden. „Die Andere Zeitung“ gab es gleich drei mal in der Noch-DDR: in Leipzig, in Berlin und in Magdeburg. Nahezu alle waren in Bürgerbewegungen entstanden. Die Ausrichtung schien bei allen ähnlich, sicher auch die Probleme. Einander kennen zu lernen, trafen sich die Redakteure der Zeitungen am 05. 04. in Berlin zu einem Erfahrungsaustausch. Im Grunde ähnelte sich vieles; die inhaltlichen Orientierungen wie auch Absatzschwierigkeiten, die technischen Mängel und die Furcht vor dem Tag X, wenn die Westzeitungen kommen. Vertreter von „Die Andere“ äußerten den Gedanken, die Kräfte zu sammeln und eine gemeinsame DDR-weit vertriebene Zeitung der Bürgerrechtler, mit redaktionell autonomen lokalen Teilen herauszubringen, was tatsächlich hieß, sich der „Anderen“ anzuhängen. Am Ende kam man überein, dass man zusammenarbeiten wolle und sich die Zeitungen gegenseitig regelmäßig austauschen sollten.

Kontakte gab es aber nicht mehr.

## Das Ende

Im Hinblick auf die Währungsunion war sich die Redaktion bewusst, dass eine Fülle eindringender Zeitungen aus dem Westen, auffällig bis aufdringlich im Outfit, gefällig in der Behandlung der Themen, es der DAZ schwer machen würden, zu bestehen. Zwar hatten sich im Gegensatz zu anderen Zeitungs-Experimenten in Magdeburg die Verkaufszahlen mit leichtem Anstieg wieder weitgehend stabilisiert, das aber unter den Bedingungen der Noch-DDR. Der Gedanke der DAZ sollte weitergedacht werden, die neue Situation aber erst einmal risikolos erfahren. Am 02. 05. kam die letzte Ausgabe der DAZ. Die Möglichkeit, die DAZ in die Form einer sich rein von den Umsätzen der Akquise finanzierenden Zeitung, also der bekannten kostenlosen Anzeigenzeitung, überzuführen, fand keiner der Redakteure wünschenswert, schon allein im Hinblick auf die Gefahr, aus wirtschaftlichen Gründen die Unabhängigkeit zu verlieren.

Nach 57-jähriger Abstinenz hatte Magdeburg wieder einen demokratisch gewählten Oberbürgermeister. Peter Dömeland schrieb einen Artikel über dessen ebenfalls sozialdemokratischen Vorgänger: „Ernst Reuter. Versuch einer Würdigung“. Darin heißt es am Schluss: „... Die Stadt Magdeburg wusste in zurückliegender Zeit immer, wie sie verdienstvolle Bürger und Kommunalpolitiker ehren sollte. Das beweisen nicht zuletzt das Francke-Denkmal, der

---

Hasselbachplatz, Schneidersgarten, der Reimarusweg, die Beimssiedlung, die Otto-Baer-Straße, die Alemann- und Kühleweinstraße und der Goldschmidtring.

Der Stadt Magdeburg würde es gut zu Gesichte stehen, wenn sie sich ihres ehemaligen Oberbürgermeisters erinnern und ihn in entsprechender Form zu würdigen wüsste. Auch die junge Magdeburger Sozialdemokratie ist hier gefordert.“

Inzwischen gibt es eine Ernst-Reuter-Allee mitten in Magdeburg.



Büro in der Hegelstraße 28: v. l. Susanne Schweidler, Ulrich Ziegler, Martin Derday, Thomas Etienne, Torsten Boek (vorn), René Schulz  
(Foto: Reiner Krauß, Magdeburg)

Stasi-Auflösung und Satzspiegel

(Torsten Boek)

Im Januar 1990 bestimmte das Volksstimme-Hochhaus am Busbahnhof noch unbestritten die Silhouette des Bahnhofsvorplatzes in Magdeburg. Im ältesten Stahlbeton-Hochhaus der Stadt residierte die Volksstimme-Redaktion, damals Organ der SED-Bezirksleitung. Allerdings hatte die SED jüngst die Herrschaft über die Köpfe der DDR-Bevölkerung verloren und auch in Redaktion und Druckerei der Volksstimme herrschte ein Klima zwischen Aufbruchstimmung und Orientierungslosigkeit.

Ich selbst war seit gut sieben Jahren einer dieser Mitarbeiter in der Druckerei, wohl eher unauffällig als revolutionär. Durch meine Mitarbeit im Neuen Forum hatte ich auch einige Leute kennen gelernt, die sich das Ziel gesetzt hatten eine eigene Zeitung der neuen politischen Bewegungen herauszubringen. Ich hielt diese Idee für besonders wichtig, denn nach wie vor war die „Volksstimme“, die auflagenstärkste und wichtigste Zeitung der Region, nicht bereit, umfassend und objektiv über die Ziele der neu entstandenen Bürgerbewegungen und Parteien zu informieren. Nach einigen Gesprächen mit Thomas Etienne und Reiner Krauß (und Dank der Hilfe meines Bruders Carsten) kündigte ich leichten Herzens meinen Job in der Kalkulation der Druckerei und tauschte mein geregeltes Arbeitsleben gegen eine wenig definierte Tätigkeit bei der neuen Oppositionswochenzeitung „DAZ – Die Andere Zeitung“ auf unbestimmte Zeit. Zu diesem Zeitpunkt war die erste Ausgabe der „DAZ“ bereits erschienen und verkauft und die 2. Ausgabe in Arbeit. Besonders Reiner Krauß wollte sich anderen Aufgaben widmen und stand der Redaktion nicht mehr als ständiger Mitarbeiter zur Verfügung, so dass neue Leute gesucht wurden.

Die Redaktionsräume der DAZ befanden sich zuerst noch im Kontaktbüro des Neuen Forum in der Hegelstraße 28 – bunttapezierte und verrauchte Zimmer einer großen natürlich unsanierten Altbauwohnung, überfüllt mit alten Schreibmaschinen und Ormig-Kopierern, stapelweise Plakaten und vor allem vielen Menschen. Es herrschte ein ständiges Kommen und Gehen, manchmal mehr hektisch als geschäftig. Viel diskutiert wurde in jenen Tagen, über die Maueröffnung und die ersten Westbesuche, über Restaurierungsversuche der alten Machthaber und vor allem über die Stasi. Die Auflösung der Stasi war dann auch beherrschendes Thema der DAZ-Ausgaben.

Meine ersten Aufgaben bei dem neuen Blatt beschränkten sich erst einmal auf das, was ich gelernt hatte – die Herstellung von Druckerzeugnissen. Als Schriftsetzer kannte ich mich aus mit Satzspiegel und Ausschießschema, Punkt und Komma und Korrekturfahnen. Und außerdem kannte ich die Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter in der Mettage – der Zeitungssatzwerkstatt in der Etage 2 der Volksstimme (damals sagte man „Ebene zwei“). Hier sollten nach einer Vereinbarung mit der Volksstimme-Druckerei auch die DAZ gesetzt und gedruckt werden. Mit heute mittelalterlich anmutenden Methoden wurde dort, ganz ohne Computer dafür aber aus dem Schriftkasten das SED-Bezirksorgan hergestellt. Die Überschriften wurden mit der Hand gesetzt, große Holzlettern, die besonders sorgfältig Korrektur gelesen wurden, seit Mitte der 80er Jahre hier einmal eine Betriebszeitung mit den Worten „Arbeiter- und Mauerstaat“ gesetzt, gedruckt und an das damalige SKL ausgeliefert wurde.

Fotos mussten umständlich lithographiert und auf Druckstöcke gezogen werden, um dann im groben 36er Raster als leicht verschwommenes Bild in der Zeitung zu erscheinen. Immerhin mussten die Textzeilen nicht mehr mit der Hand gesetzt werden, sondern wurden auf sogenannten Zeilengusssetzmaschinen, der Marke „Rossija“ gesetzt. Das waren klappernde und dampfausstoßende Ungeheuer, die flüssiges Blei in Textzeilen gossen. Damals setzte die schwarze Zunft noch viel Blei, Säure und Farbe ein – fast wie zu Gutenbergs Zeiten. Und die Macher der DAZ mussten wissen, wie man die Zeitung ordentlich vorbereitet, damit sie mit diesen zur Verfügung stehenden Mitteln auch produziert werden konnte. Eine Änderung war nicht mehr möglich, wenn die gewaltigen Rotationsdruckmaschinen erst einmal angelaufen waren. Die Kollegen in der Zeitungsherstellung erwiesen sich als hilfsbereit und ich konnte meine Berufserfahrung einbringen, dennoch füllten die nötigen Rechenkunststücke zur Ermittlung des Satzspiegels viele durchgearbeitete Nächte besonders von Thomas Etienne und mir. Thomas Etienne war im Januar zum Chefredakteur der „DAZ“ gewählt worden und trug von da an die größte Arbeitsbelastung, besonders im organisatorischen Bereich. Das erlaubte mir auch einige Artikel und Reportagen zu schreiben, z. B. über die Besetzung der Vernehmerbaracken des ehemaligen Stasi-Untersuchungsgefängnisses am Moritzplatz durch Jugendliche, hauptsächlich Punks und ihre darauf folgende Vorverurteilung durch Polizei und Presse, als es dort kurz darauf zu Verwüstungen kam. Heute befindet sich dort der Jugendclub „Knast“.

Eine andere Reportage beschäftigte sich mit dem Alltag vietnamesischer Leiharbeiter, die damals zu Tausenden in Neubaublöcken von der DDR-Bevölkerung isoliert lebten. Die wichtigsten Artikel in der „DAZ“ stammten sicher von Ulli Rogge und Bernd Schullcke und sind auch heute noch interessante und manchmal auch amüsante Dokumente der Zeitgeschichte, entstanden in der spannenden politischen Epoche zwischen DDR und vereinigtem Deutschland. Sie spiegeln eine leider sehr schnell wieder verschwunde-

ne politische Alltagskultur, die von den Bürgern getragen wurde. Blättert man heute durch die „DAZ“-Ausgaben findet man die wichtigen Themen dieser Zeit wieder – einige heute fast vergessen, andere immer noch brisant. Die Auflösung des MfS, Korruption und Amtsmissbrauch der alten Machthaber bestimmten den Inhalt des Blattes und damals auch noch die politische Diskussion. So informierte die „DAZ“ erstmals umfassend über den ehemaligen Stasi-Knast am Moritzplatz und die Schicksale ehemaliger Häftlinge.

Später kamen andere Themen, z. B. der Sport hinzu, wohl aber mit zu wenig regionalem Bezug für eine regionale Wochenzeitung. Dennoch sei hier Helgo Weltschke erwähnt, der für die „DAZ“ das Sportgeschehen kommentierte, ebenso Rene Schulz, der auch andere redaktionelle Arbeiten leistete.

Die „DAZ“ gab den oppositionellen Gruppen der untergehenden DDR besonders im Raum Magdeburg Stimme und hat damit ihre Aufgabe erfüllt. In der Zeitungslandschaft der BRD hatte sie, wie ähnliche Projekte auch, keine Zukunft. Gut, dass wir nicht nach einer Zukunft – etwa als Anzeigenblättchen – suchten.

### Ökonomie und Demokratie als Widerspruch?

(Ulrich Rogge)

Eine unter heutigem Gesichtspunkt eigenartige Erscheinung war es, dass die Aktiven bei der Herstellung der Flugblätter und später auch der „DAZ“ sich nach ihrer täglichen Brotarbeit trafen. Honorare gab es im Redaktionskollegium anfangs gar nicht, später bei einigen nach den knappen wirtschaftlichen Möglichkeiten oder erst nach Einstellung des Erscheinens aus den geringen Geldresten. Wichtig war allen Beteiligten, neben der damals moralisch diskreditierten SED-Zeitung „Volksstimme“ einen Platz zu schaffen, an dem sich vom DDR-Staat unabhängige Meinungen äußern konnten.

Ökonomische Interessen spielten in der Frühphase der „DAZ“ überhaupt keine Rolle. Später zeigte sich zunehmend, wie unberechenbar der Faktor der persönlichen finanziellen Haftung der Redaktionsmitglieder wurde. Wie in der DDR üblich, wurde der Postzeitungsvertrieb als Verteilungsinstrument der „DAZ“ benutzt – von der im Westen Deutschlands üblichen eigenen Art des jeweiligen Zeitungsvertriebs ahnten wir gar nichts, bis uns gegen Ende des Erscheinens „Kurti“ Wiemann darüber „belehrte“. Da war es jedoch schon zu spät. Die Vertriebszahlen erhielten wir als Rückmeldung viele Wochen später, daher wussten wir nie, ob wir die Druckkosten beim Verlag „Volksstimme“ bezahlen konnten. Weil jedes der Redaktionsmitglieder gleichberechtigt war, lastete dieser wirtschaftliche „Blindflug“ auf uns, wie auf dem

Reiter nach dem Ritt über den vereisten und nebligen Bodensee. Der Sprung vom Flugblatt über das erste unabhängige Presseerzeugnis zur ökonomisch und professionell haltbaren Zeitung jedoch wurde vor allem deshalb nicht vollzogen, weil den „ehrenamtlichen“ Redakteuren der Demokratiedanke zu „erhaben“ erschien, als dass er durch niedriges Fragen „nach dem Geld“ verunreinigt werden sollte.

Betrachten wir unter heutiger Sicht, wie weit die „DAZ“ als Begründerin demokratischer Öffentlichkeit in der Magdeburger Presselandschaft erfolgreich war, so müssen wir uns skeptischen Gedanken öffnen. Das Jahr 1990 brachte zwar etwa mit dem von Paderborn unterstützten „Halle-Magdeburger“ oder der via Hannover erscheinenden „MAZ“ erweiterte Pressevielfalt, jedoch einigten sich später die Presseriesen über Einfluss-Sphären und erdrückten die zarten demokratischen Anfänge. Bis heute halten sich z. B. die Hallische „Mitteldeutsche“ und die Magdeburger „Volksstimme“ daran, was zwar gerichtsnotorisch nicht zu beweisen ist, aber durch den Totalverzicht auf Werbung in der einen oder anderen Region ebenso offenliegt, wie auch durch dadurch, dass etwa der Raum Halle in der Magdeburger „Volksstimme“ so gut wie nicht existent ist.

Natürlich ist es dem Interessierten möglich, beinahe jede andere deutsche oder ausländische Zeitung zu lesen. So scheint die Pressefreiheit also gewährleistet. Speziell im Magdeburger Raum ist der öffentlich interessierte Bürger aber auch trotz einiger Anzeigenblätter zum Bezug beim Monopolisten „Volksstimme“ mangels eines anderen Blattes gezwungen. Demokratie im Land Sachsen-Anhalt wird durch diese Monotonie jedoch nicht gefördert.

Es bleibt die Hoffnung, dass es trotz der Absprachen bald zu heftiger Konkurrenz zwischen den beiden in Sachsen-Anhalt dominierenden Presseunternehmen kommt. Inzwischen ist die Qualität z. B. des nördlicheren Monopolisten oft fragwürdig: zunehmende Verwendung von Agenturware statt Eigenrecherche, einseitig-parteiische Stimmungsmache statt ausreichender Trennung von Bericht und Kommentar, apologetische Rosafärbung der „vergangenen Zeiten“ etwa durch idealisierende Zitate aus der redaktionell begleiteten DDR-Zeit (die Reihe: Vor 25 Jahren) sind nur einige Schwachstellen.

### Kleine Erinnerung

(Bernd Schullcke)

Frühjahr 1990, ein Eckzimmer im Magdeburger Rathaus. Das Bürgerkomitee zur Stasi-Auflösung ist selber ganz aufgelöst. Der Fernschreiber spuckte soeben einen anonymen Drohbrief aus. Tenor: „Wenn Sie die Namen von

## REDAKTIONSMITGLIEDER KOMMEN ZU WORT

Stasi-Mitarbeitern in der Zeitung veröffentlichen, schlagen wir zurück!“ Um die Drohung zu unterstreichen, war eine Namensliste von Komitee-Mitgliedern angefügt.

Mein Name stand auch drauf.

Angst machte die Runde. Die Geschichte kostete mich fast den Kopf. Die Veröffentlichung war meine Idee, um eine Vernichtung von Disketten des MfS durch die Modrow-Regierung zu verhindern. Das Komitee trat zu einer Krisensitzung zusammen. Ich stand am Pranger; mein Verhalten hätte die Drohung provoziert. An meine Verteidigung erinnere ich mich noch gut: Der einzige Schutz für uns Stasi-Auflöser war aus meiner Sicht die Öffentlichkeit. Schluss mit Schweigeverpflichtungen und Geheimniskrämerei. Wenn wir unser Wissen weitergeben, sind wir außer Gefahr. Enttarnte Agenten sind keine Agenten mehr ...

Andere sahen das anders. Über mein Verbleib im Komitee wurde abgestimmt. Ich gewann mit ein oder zwei Stimmen Mehrheit. Trotzdem nahm ich meinen Abschied. Freiwillig.

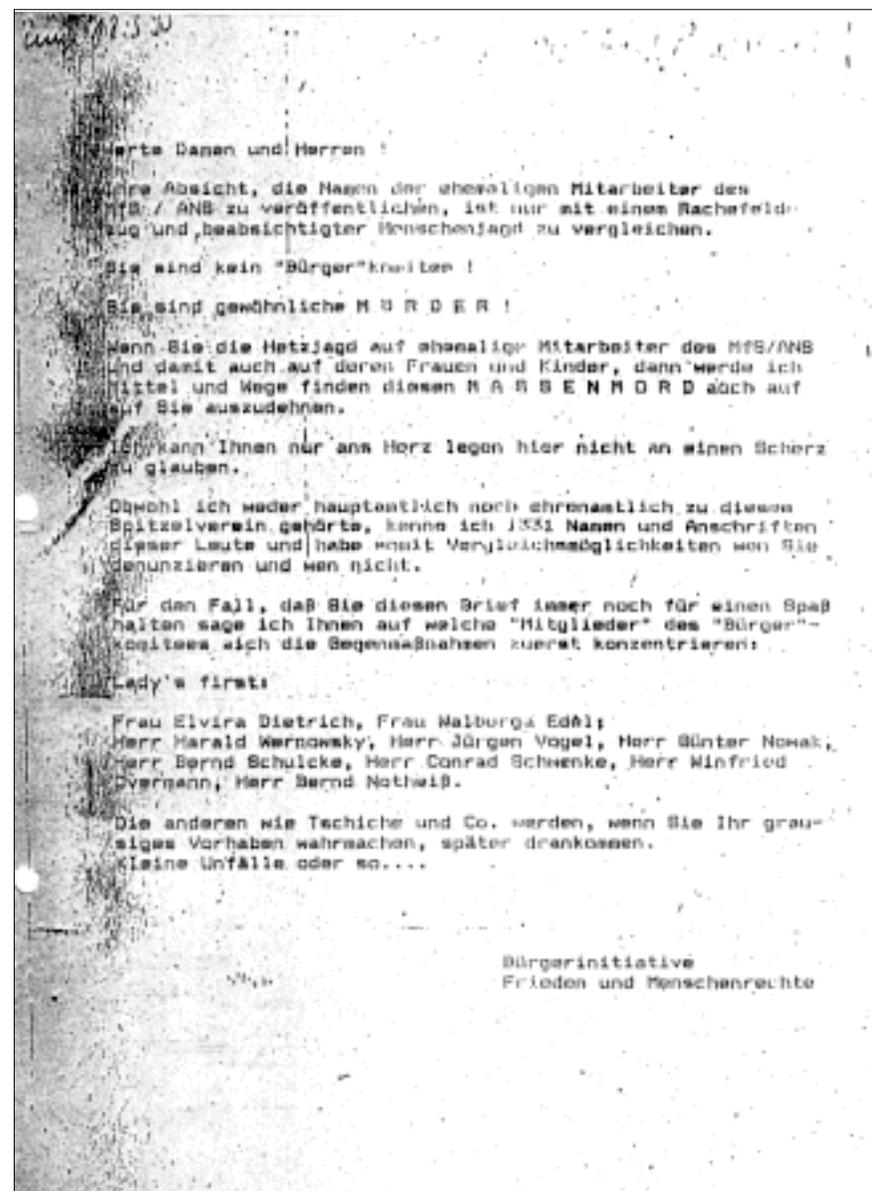
Die kleine Episode zeigt, wie ich damals auch meine Arbeit bei der DAZ begriff: Ich nutzte meine Funktion im Bürgerkomitee aus, um möglichst viele Schweinereien der Stasi ans Licht zu bringen. Die Hofberichterstatter der SED-Bezirkszeitungen hätten sie eh nicht gedruckt.

Doch die DAZ machte Druck. Auch wenn – oder gerade weil – die Redaktion ein so bunt zusammengewürfelter Haufen war. Wir waren alle hochmotiviert. Aber von uns Schreiberlingen hatte keiner das Handwerk gelernt. Ich tippte meine Berichte im Zwei-Finger-System auf einer Reiseschreibmaschine Marke Erika.

Das Blatt sah billig aus. Trotzdem war der Preis nicht von Pappe. Das Papier irgendwie schon. Die Qualität mancher Ausgaben lag hart an der Grenze zum Kartoffeldruck. Dennoch: die Zeitung kam an. Für mich war die DAZ der zaghafte Anfang einer unabhängigen Presse. Wenn ich die Redakteure noch mal vor meinem geistigen Auge vorbeiziehen lasse, kann ich nur sagen: In der DDR hätten wir schreibenden Bürgerbewegten es zusammen auf 10 Jahre Bautzen gebracht, aber niemals zu einer Zeitungslizenz.

Später wurde unsere freie Zeitung von den Realitäten des freien Marktes überrollt. Schon, weil es noch gar kein richtiges Vertriebssystem gab. Kein Grund, der DAZ nachzutruern. Sie hatte ihre Aufgabe erfüllt. Wir bildeten einen frechen Gegenpol zu den „Organen der SED-Bezirksleitung“. Und darauf kam es an.

Pressefreiheit war eine der ersten Forderungen der Demonstranten im Herbst '89. In einigen anderen osteuropäischen Ländern wurde diese For-



Morddrohung, Eingang per Fernschreiber 12. 3. 1990. Die Kriminalpolizei hat den Absender nicht identifiziert, obwohl die Spuren zum Fernmeldeamt führten. (Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V.)

# Bürgerkomitee teilt mit:

„Wie dem Bürgerkomitee mit heute bekannt wurde, beschloß der Ministerrat der DDR am Montag, daß sämtliche elektronisch gespeicherte Informationen der Staatssicherheit „physisch“ vernichtet werden sollen.“

Dieser Beschluß bezieht sich auf einen Verstoß aus Schwerin, der die Vernichtung aller MII-Informationssammlungen in 3 Phasen umfaßt. Am Montag wurde somit hauptsächlich die Phase I eingeleitet.

Wir verweisen dringend darauf, daß durch die Vernichtung der elektronischen Datenspeicher eine irreversible Auflösung des „unvollständigen“ Namens der Einzelnen in absehbarer Zeit von sich nicht mehr möglich ist.

Wir setzen dies als bewußten Versuch an, der ursprünglichen Aufgabe von Bürgerkomitees erneut entgegenzutreten. Das Bürgerkomitee Magdeburg macht somit offiziell bekannt, daß beim Beginn der Vernichtung von MII-Daten unsere ursprüngliche Aufgabe zur Kontrolle der Auflösung und Sicherung der Informationsbestände unverändert werden. Wir halten uns deswegen weiterhin auch nicht mehr an die Zusagen über die Einhaltung von Personen- und Quellenchutz und beginnen mit der Veröffentlichung von Namen und Adressen der Mitarbeiter der Staatssicherheit.

Bürgerkomitee der Stadt Magdeburg

Magdeburger Volksstimme v. 28. 03. 1990 und 01. 03. 1990

derung ignoriert. Sie hatten zwar augenscheinlich einen Vorsprung bei Glasnost und Perestroika. Doch der Opposition blieb der Zugang zu Massenmedien lange versperrt. Vielleicht konnten auch deshalb kommunistische Parteien dort so schnell wieder nach oben kommen.

## Dass DAZ mal wahr war

(Ludwig Schumann)

„Scherbengericht“ war die erste Erzählung, die ich an die DAZ schickte. Eine Erzählung, die bereits 1987 in der DDR zu Ehren gekommen war, indem sie den Hauptpreis des Literaturwettbewerbs „Der Mensch in seiner Landschaft“ in Neubrandenburg gewonnen hatte. Unerwartet. Denn das der ausgesprochen sarkastische innere Monolog einer alten Frau in einem jugendstilernen Haus inmitten eines Neubauviertels preiswürdig sein sollte, war seinerzeit eher nicht zu denken gewesen. Preiswürdig also war sie. In den Jugendclubs zumindest der halben DDR im gemeinsamen Programm mit der Magdeburger Chansongruppe „Stadtgeflüster“ auch gelesen. Nur zum Druck hatte sie es nicht gebracht. Die DAZ druckte sie. Mit einer Grafik von Bernd Schweidler. Buckau-Blues, Stonewashed und schließlich meine Wendegeschichte, Warsmeier, folgten. Und im März 1990 gab es noch den Psalm zum 18. März: Der Staat bin ich, die Klempner sind am Werk, mich anzuschließen ...

Natürlich habe ich meine Exemplare der DAZ noch. Sie sind über die Jahre papiermäßig nicht illustrier geworden. Die Geschichten sind mir wichtig geblieben. Es war endlich möglich, ohne längere Lektoratsgespräche zu publizieren. Wobei, das sei hier angemerkt, ich die eigentliche Arbeit eines Lektors/einer Lektorin bis heute hoch schätze. Das ja.

Also publiziert konnte werden. Aber zu welchem Preis, dachte ich. Als Anfang November 1989 vor dem Leipziger Gewandhaus zum ersten Mal der Ruf erscholl „Wir sind ein Volk!“, drehte ich auf dem Absatz um und ging auf schnellstem Weg ins Corso. Nein, sagte ich grollend zu mir, es ging ja sonst keiner außer mir vor Demo-Ende wieder nach Hause – und außerdem musste ich dringlich pinkeln, ich musste immer pinkeln, wenn ich eine Ansammlung von mehr als hundert Leuten sah – die Einheit sollen sie mal ohne mich machen. Kaum in den Strudel der Revolution geworfen, zog es mich schon wieder zum Apfelstrudel. Was, dachte ich, soll denn dabei herauskommen, wenn die Kinder schon an der Vorgartentür nach dem Papa schreien. Revolution in Deutschlands kleinster DDR und schon erscholl der Ruf nach ihrem Ende aus den eigenen Reihen. Das war keine Revo-, sondern eine



# Bürger zum Bürgerkomitee

• Zivilgesetzbuch außer Kraft gesetzt

„Wir haben uns gewissensvoll dazu entschieden, daß die Zusagen über die Einhaltung des Personen- und Quellenchutz nicht eingehalten werden können.“

Bürgerkomitee der Stadt Magdeburg

Es ist eigentlich nicht meine Art, mich mit Meinungsäußerungen an die Öffentlichkeit zu wenden. Aber am 28. Februar brachten sie einen Artikel des Bürgerkomitees der Stadt in der Zeitung, zu dem ich meine Meinung einfach sagen muß.

Man kann zum Bürgerkomitee stehen, wie man will, aber in wesentlichen Punkten haben wir vereinbarungsbewußte Absätze in bezug auf die Bürger dieser Stadt, auch ohne diese offizielle Legitimation, geklärt.

Und nun diese Drohung und Ungewandtheit. Namen und Adressen ehemaliger Mitarbeiter des MII sind von rückwärts geschoben. Das heißt heute ist, und nicht nur für die nächsten Monate vereinbarungsbewußt und als Amtsinhaber, der ja eigentlich aus der Welt geschickt sein sollte.

Das Bürgerkomitee macht sich damit schuldig an der weiter zu erwartenden Angewandung dieser Menschen sowie

ihren Angehörigen und Kinder. In den Augen vieler Menschen wird es damit an Glaubwürdigkeit verlieren, und die auch von seinen Mitgliedern propagierte und erkrankte Menschlichkeit hat nur noch eine Flucht.

Meinen Namen möchte ich Ihnen nicht schreiben, weil ich mir denke, daß bei eventueller Veröffentlichung, meines Schreibens für mich und meine Familie Nachteile und vielleicht auch Gefahren erwachsen werden. Denn viele Menschen haben in dem zur Zeit erscheinenden „Demokratietagebuch“, wenn man das überhaupt noch so nennen kann, nur nach dem Verlangen nach Demokratie durch andere, wollen aber selbst keine über und gehen gegen Andersdenkende vor.

Trotz der Anwesenheit meines Schreibens bitte ich um Veröffentlichung, weil sicherlich diese Problematik noch mehr Bürger bewegt.

Vom Verbleiben des Bürgerkomitees, Namen ehemaliger Staat-Mitarbeiter zu veröffentlichen, bin ich ebenso entsetzt gesehen davon, daß hiermit die unmit-

telbare Betroffenen noch weiterbedrückten Methoden an den Pranger gestellt werden – damit das Bürgerkomitee nicht an die Angehörigen, an die Mütter und Väter und vor allem an die Kinder!

Sollen Kinder ehemaliger Staat-Mitarbeiter künftig im Kindergarten und in der Schule Spielplätze suchen? Wozu dieser Haß! Und wo bleibt die von Bürgerkomitee so vielbeschworene Recht?

Als ehemalige Schlichter möchte ich darauf hinweisen, daß Paragraph 1 unseres Zivilgesetzbuches über „Abgabe der Persönlichkeit“ (versch) geltendes Recht ist. Dort heißt es: „Jeder Bürger hat das Recht auf Achtung seiner Persönlichkeit, insbesondere seiner Ehre und seines Namens.“

Inge Schatz, Kantenen

Ein Anruf, Herr Theodor, jemanden durch Drohung mit einem schweren Nachteil zu einem bestimmten Verhalten zu zwingen, das ist Nötigung. Auch die Verletzung ist strafbar!

## Mitteilung der Bürgerkomitees

Das Bürgerkomitee des Bezirkes Magdeburg ist nicht einverstanden mit der Vernichtung irgendwelcher Datensammlungen des ehemaligen MII. Am Freitag, dem 2. März, wird das Bürgerkomitee in Berlin bei der AG-Sicherheits des neutralen Bundes Trüben scharf gegen die beschlossene Vernichtung der elektronischen Datenspeicher protestieren. Die gestrige Veröffentlichung hatte das Ziel, die Bevölkerung über die beschlossene Vernichtung dieser Datensätze zu informieren. Wir sind der Auffassung, daß erst eine demo-

krisisch gewählte Regierung über die Behandlung dieses Materials entscheiden kann. In Übereinstimmung mit der Regierungskommission wurde beschlossen, im Bezirk Magdeburg keine Datensätze zu vernichten.

Bezug nehmend auf die etwas ungeschickliche Journalistik, Veröffentlichung in der „Volksstimme“ von gestern, will das Bürgerkomitee mit, daß es den Schutz persönlicher Daten und den Quellenchutz auch weiterhin gewährleisten.

## ARD sendet aus Magdeburg

Die Sendung „Nachbarn“ des Deutschen Fernsehens, die seit vielen Jahren über Land und Leute Mittel- und Ostdeutschlands berichtet, kommt diesmal aus Magdeburg. Vor dem Hintergrund der Wahlen zur Volkskammer können die Magdeburger am Freitag, dem 2. März, ab 13 Uhr Politik befragen. Veranstaltungsort ist die Stadt- und Bezirksbibliothek in der Weinstraße.

Dabei gibt es gegenüber den Spitzenverbänden verschiedener Parteien und Bürgerbewegungen dringende Probleme anzuregen. Am Donnerstag, dem 1.

Für Biedmarktfreunde

SPD bittet um

DeMarkolution. Da saß ich nun im Corso und dachte, eben vom Männer-Pissoir gekommen, über das jähe Ende meiner kurzen revolutionären Karriere nach. Bei einem Schälchen Heeßen lässt sich aber auch eine verlorengegangene Revolution verschmerzen. Schade, dachte ich, das hätte eine spannende Geschichte werden können. Damals hatte ich das wirklich geglaubt.

In Druxberge wieder angekommen, drückte mir bei einem Besuch in Magdeburg Frank Salender die DAZ in die Hand. Schick da doch mal was hin, meinte er. Irgendwann tauchte ich auch mal in der Redaktion auf. Man machte Zeitung. Alles war interessant. Jeder auch irgendwie. Ein junger Grafiker tat was, Peter Schwill. Erst Jahre später lernte ich ihn tatsächlich kennen und wir arbeiteten beispielsweise an den Froschgeschichten zusammen. Mit Bernd Schweidler kam ich auch erst Jahre später wieder zusammen. Ich hatte keine Zeit mehr, mich außer den paar Geschichten um die DAZ zu kümmern. Etwas anderes schwirrte mir im Kopf herum: Eine Zeitung. Eine intelligente Heimatzeitung machen ... Werner Brückner kam mir in den Kopf. Brückner in Kirchpolkritz in der Altmark. Er wollte eine Heimatzeitung für die Altmark machen. Im eigenen Verlag, dem Ufer-Verlag. Auch da war Warsmeier erschienen. Wende war in. Und ich hatte eine Wende-Geschichte. Mehr als diese kärglichen zwei Seiten musste ich darüber eigentlich auch nicht schreiben.

Der Pannemann sollte die Börde-Heimatzeitung heißen. Nach diesem Dorf-Allround-Genie, der Nachtwächter und Ausrufer und eigentlich Mädchen für Alles war. Es dauerte bis in den Juni 1990. Da war sie da, die erste Nummer des Pannemann. Endlich eine eigene Zeitung, in der man Historisches wie Histörchen lesen konnte, Interviews und Reportagen, Umwelt und Weltläufiges. Wer den Zeitpunkt ihres Erscheinens mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen hat, wird ahnen, dass der Pannemann über zwei Nummern nicht hinauskam. Zwei West-Mark waren zwei West-Mark. Geblieben ist die Zusammenarbeit mit den Leuten des Pannemann, Thomas Binder und Hans-Wulf Kunze beispielsweise. Wir gründeten im Anschluss die Künstlergemeinschaft Südost, aus der später die Agentur TOGDÄ hervorging. Mit Peter Schwill bin ich im VIERUNG Kunstverein verbunden. Thomas Etienne treffe ich hin und wieder. Immerhin lässt sich sagen, dass die DAZ über ihr eigenes Erscheinen hinaus auch den Anstoß für eigene Unternehmungen, wie es beispielsweise Der Pannemann war, gab. Und natürlich für Texte wie den Psalm zum 18. März: Ach, wieviel Meilen sind's nach Canterville, und reicht es, Europa einmal zu durchmessen?

Die Zeit ist, was ihr seid, und ihr seid, was die Zeit ...\*

(Susanne Schweidler)

„Eure Sektlaune wird euch schon noch vergehen!“ oder „Arbeiterfäuste in eure Gesichter ...“

Diese Andere Zeitung wurde ernstgenommen. Noch bevor das erste gedruckte Wort erschien. Das zeigte jede Reaktion auf das Debüt der DAZ am 17. Januar 1990.

Aber nicht nur wütende Magdeburger schrieben an die Redaktion der DAZ. Am 9. Januar, also noch vor der ersten Ausgabe, offensichtlich war die neue Zeitung zumindest informell angekündigt worden, erhielten wir folgenden Brief: *Sicher haben Sie gegenwärtig ein großes Angebot an Beiträgen. Trotzdem schicke ich Ihnen folgenden Artikel zu: „Was mich zur Jahreswende bewegt“*

*Die Restauration der SED schreitet voran. Wir müssen ihrem alten Geist begegnen. Deshalb würde es mich freuen, wenn mein Beitrag doch noch einen Platz in Ihrer Zeitung findet.* – Das Blatt quoll jedoch bereits über, und ich schrieb, noch war dazu Zeit, einen Dankesbrief an diesen Magdeburger.

Hoffnungen, die sich mit der ersten freien Zeitung verknüpften, wurden auch auf ganz konkrete Weise deutlich: Am 22. Januar spendeten die Magdeburgerinnen und Magdeburger im Dom 7.471,20 Mark für die DAZ.

Vielschichtig waren die Reaktionen der Leser auf die DAZ – ebenso vielschichtig wie die Motivation ihrer „Macher“.

Welche Botschaften wollen wir verbreiten? Welche Texte werden veröffentlicht, warum drucken wir andere nicht? Wie viel Macht verleiht das Medium Zeitung oder besser: Wie geht eine unerfahrene Redaktion mit dieser Verantwortung und den manchmal erdrückend hohen Erwartungen um?

Mir fiel es nie leicht, hier abzuwägen.

Aber auch meine „Mitstreiter“ machten es sich oft schwer; nächtelang diskutierten wir, manchmal haarspalterisch, über Formulierungen, bis Thomas Etienne, eigentlich eher sanftmütig, mit diktatorischer Konsequenz dieses unsägliche Lineal durch die Luft wirbelte und an den Redaktionsschluss erinnerte, der bereits seit Stunden verstrichen war.

Ich habe es übrigens nie begriffen, wie er mit diesem Gerät den Satz gestaltet hat.

Überhaupt schien es mir paradox, neuen Wein, also den Anspruch „unabhängige Bezirkszeitung Magdeburgs“, in alten Schläuchen, also Format und

\* Paul Flemming: Gedanken über der Zeit, 1631

Layout einer DDR-Betriebszeitung, zu verkaufen. Wenig spektakulär war das Erscheinungsbild, auch wenn wir irgendwann im März/April 1990 Farbe auf das Titelblatt brachten.

„Kultur“ gehörte von Anfang an dazu. Aus der Altmark erreichten uns Veranstaltungsprogramme der Klubs und Theater. Viele persönliche Kontakte brachten uns die Magdeburger Kulturthemen, Termine und Artikel. Nicht alle hatten Geist und Frische wie die Beiträge einer Sara Lozzi über Literatur.

Als „Kulturredakteurin“ nahm ich im Januar und Februar 1990 an einer Vielzahl von Diskussionsrunden zu Fragen der Kultur- und Jugendpolitik teil. In meinen Manuskripten finden sich Mitschriften von Gesprächen mit den Kulturverantwortlichen des damaligen Rates des Bezirkes und des Rates der Stadt Magdeburg.

Interessant, dass bereits damals über eine mögliche Ausstellung zu Otto I. nachgedacht wurde, ebenso wie über die kulturell-denkmalpflegerische Nutzung einzelner Fort-Anlagen.

Können sich Jugendklubs teilweise finanziell selbst tragen? Was wird aus den Betriebskulturhäusern? Der Aufbau einer Kunstgewerbeschule wurde diskutiert und die Struktur des städtischen Theaters, die die Gründung der Freien Kammerspiele zum Ziel hatte.

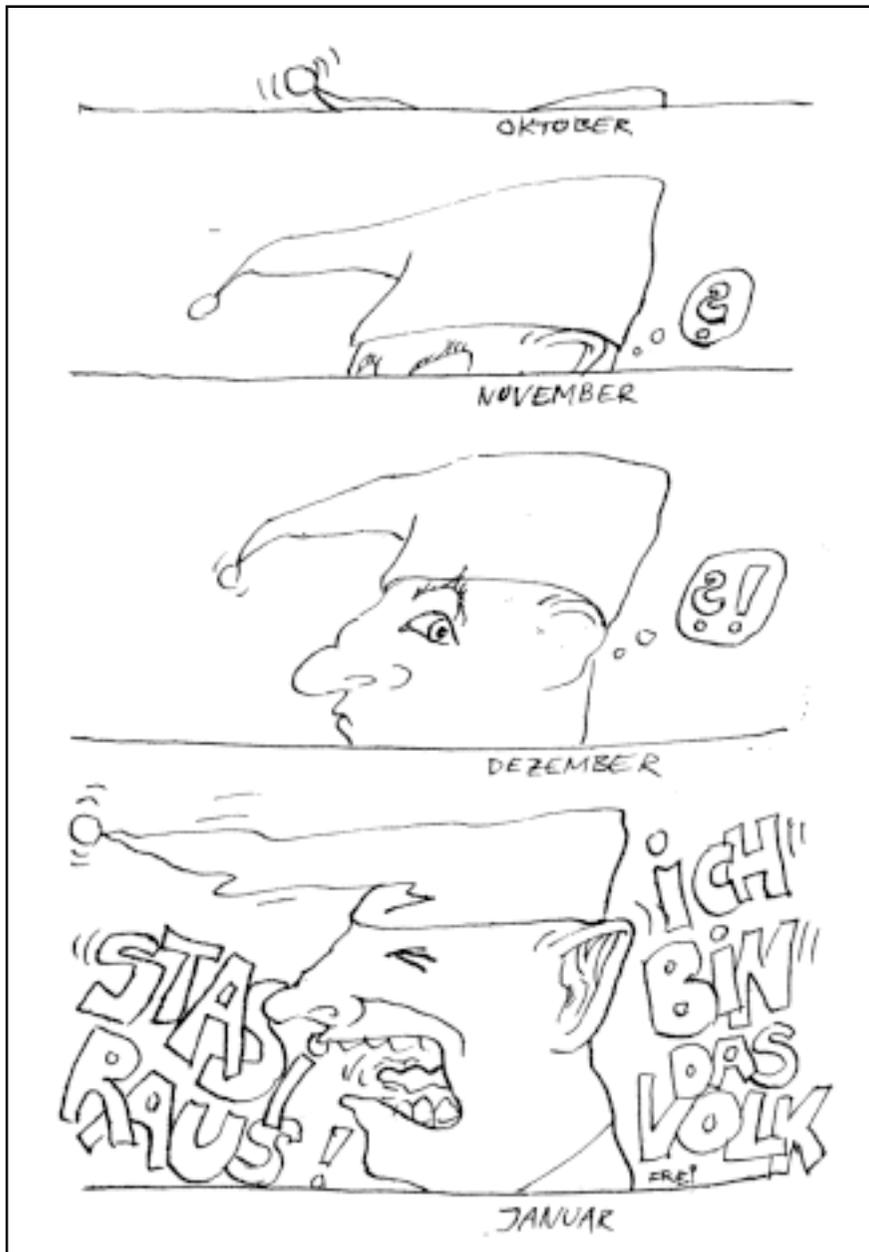
Als ich ein halbes Jahr später, nach den Kommunalwahlen, Leiterin des städtischen Kulturamtes wurde, konnte ich von diesem Wissen über Entwicklungen und auch Verflechtungen noch lange profitieren.

Mit dem Umzug der DAZ-Redaktion von der Hegel- in die Lessingstraße hatte ich mich bereits im März aus verschiedensten Gründen fast völlig zurückgezogen.

Ohne technisches und fachliches know-how brachten wir 16 Ausgaben auf den Weg, die letzte erschien am 2. Mai 1990.

Die Auflage stieg nicht. Der Verkauf in der Tendenz war wohl eher rückläufig, wenn er sich auch kurzzeitig wieder stabilisierte.

Daran änderte auch die Erhöhung der Seitenzahl, die Erweiterung des Teils für kostenlose Kleinanzeigen und die Bekanntgabe des Fernsehprogramms für die kommende Woche nichts.



Zeichnungen auf S. 38–40: Bernd Schweidler, Niederndodeleben



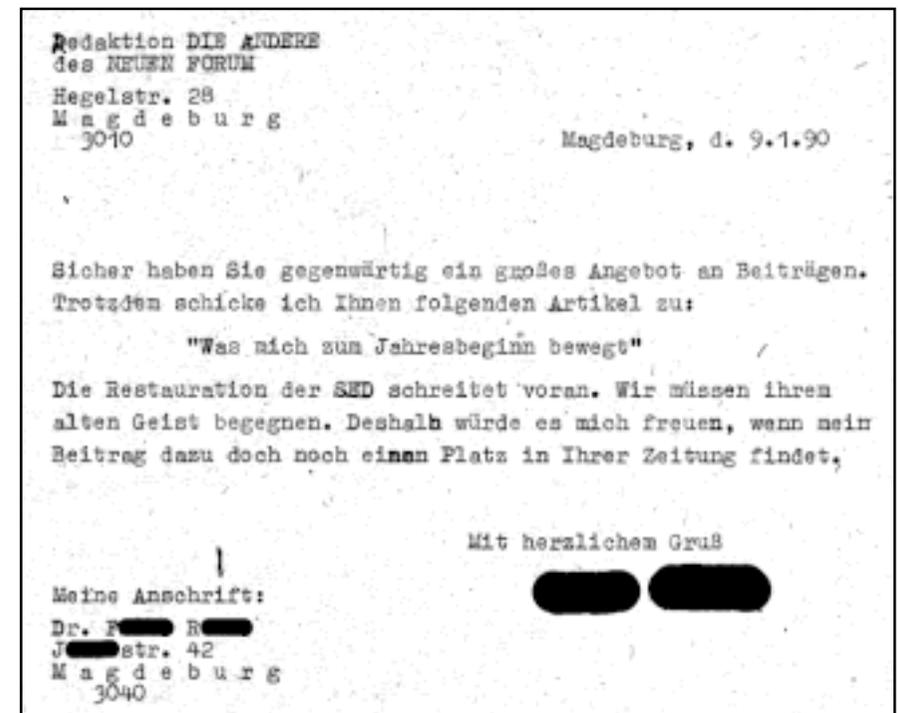


Lange hatten wir darüber gestritten, ob es möglich und erstrebenswert sei, das Wochenblatt, das laut einer Umfrage für viele Leser eine wichtige Alternativ-Zeitung geworden war, über Akquise zu finanzieren, und dies am Ende abgelehnt.

Zu groß schien uns das Risiko, mit der finanziellen auch die inhaltliche Unabhängigkeit zu verlieren

Ziemlich erschöpft und ernüchtert gaben wir auf. Und wenn ich mir heute den „Almanach“ vom 2. 5. 1990 anschau, dann war es wohl auch an der Zeit ...

Mit großen Erwartungen empfangen, hatte die DAZ am Ende vor allem den symbolischen Wert: Die erste freie Zeitung des Bezirkes Magdeburg. Das Schicksal ihrer sehr kurzen Existenz teilt sie mit vielen Institutionen, Gruppierungen und manchen wichtigen politischen Gestalten einer rasanten Übergangszeit.



Brief an die Redaktion (Privat-Archiv Susanne Schweidler, Niederndodeleben)

Was mich zum Jahresbeginn bewegt

Voll Hoffnung auf die Verwirklichung wahrhaft demokratischer Verhältnisse in unserem Land gehen viele (längst nicht alle) in das neue Jahr. Sie wollen Demokratie auf der Grundlage einer neuen Verfassung, die frei ist von stalinistischer Diktation, jedoch geprägt von einem praktizierbaren humanistischen und freien Geist, einer Verfassung, in der Leistung gefordert und gefördert, aber soziale Sicherheit der Menschen nicht gegen ein Heute-Feind-Verhältnis aufgegeben wird. Manches dazu ist angestoßen, aber noch viel zu wenig erreicht. Die Anstöße kommen fast ausschließlich von denen, die als das Volk auf die Straße gingen, als es noch nicht ungefährlich war. Sie stellten und stellen die Forderungen nach demokratischen Reformen. Alles, was bisher erreicht worden ist, mußte der alten Macht zäh abgerungen werden, abgerungen von dem Apparat, der von der bisherigen SED mit all ihren Verflechtungen und ihrer Hierarchie verkörpert wurde und z.T. immer noch wird. Nicht allein ein paar alte, korrupte Männer sind schuld an all dem Übel, weil sie angeblich keinen Realitätssinn mehr gehabt hätten. Nein, sie und viele, viele ihrer Mitsächtigen haben doch einen ausgesprochenen Realitätssinn bewiesen, weshalb denn sonst der vorsorgliche Auf- und Ausbau des gewaltigen Staatssicherheitsapparates mit seinen Metastasen bis in kleine Gruppierungen hinein, weshalb denn sonst die verschiedenartigsten bewaffneten Organe -alle unter Kontrolle der einen Partei-, wenn nicht mit der Absicht, jedes kritische, offene Wort und jede Opposition im eigenen Volk jederzeit ersticken oder niederschlagen zu können.

Wie tief der Abgrund am 9. Oktober war, über den die gewaltlos demonstrierenden Menschen in Leipzig hinweggeschritten sind, hat die Brutalität der rumänischen Securitate aller Welt deutlich vor Augen geführt. Alle Vorbereitungen zur blutigen Niederschlagung der demonstrierenden Menschen waren getroffen (nicht nur in Leipzig). Wessen Blut wäre denn geflossen, mit wem wären Gefängnisse und Internierungslager überfüllt worden? Gelitten hätte nicht die SED, nicht die Garanten der alten Macht, sondern die Andersdenkenden! (Einige Opfer hätte es auch unter den SED-Mitgliedern gegeben. Ehre, wen Ehre gebührt).

Warum decken nicht die, die es am besten wissen, die enge Verflechtung zwischen Partei und Sicherheitsapparat und dessen Struktur auf? Was sind das für Listen, nach denen ganze Gruppierungen unseres Volkes für die Internierung vorgesehen waren? Wer ist mit Schlüsselnummern auf diesen Listen erfaßt? Und wer denn sonst hätte sich wie üblich nach der Niederschlagung der Volksmassen, wenn es die Wende nicht gegeben hätte, an der Bestrafung und Verleumdung der "Schuldigen" beteiligt, wenn nicht die SED? Wer soll wiederholt die in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte zum Eingreifen gegen das Volk aufgefordert haben? Wer hat die Unterlagen in den Staatssicherheitsämtern vernichtet, und wer bedauert nun den Verlust wirksamer Mittel gegen die Neonazis? Wer fordert in diesem Zusammenhang die Bildung eines Verfassungsschutzes noch vor den Wahlen, und welche Verfassung soll denn geschützt werden, etwa die jetzige, immer noch von stalinistischer Prägung? Wer hat die Amnestie erlassen, sehr zögernd für die politischen Gefangenen, aber gleichzeitig zügig für Kriminelle? (So könnte man bei passender Gelegenheit mit

rückfälligen Kriminellen recht unauffällig auch Politische wieder einkassieren). Der alte, verdorbene Geist zeigte sich hier wieder in der Gleichstellung von Andersdenkenden und Kriminellen. Warum wird bei dem erhofften Erlös für den Verkauf von Mauerteilen nicht auch bzw. vorrangig an die Opfer der Mauer gedacht? Hier ist einiges gutzumachen. Wer hat inner noch nahezu alle Kommunikationsmittel in den Händen, die Andersdenkenden, Oppositionellen dagegen fast nichts dergleichen? Aus wessen Reihen kommen die Versuche, diejenigen, die "Deutschland, einig Vaterland" denken und sagen, in die Nähe von Neonazis zu stellen? Wer hat seit Jahrzehnten versucht, die Teilung Deutschlands für alle Zeiten zu zementieren? Wer hat die vielen Jahre am lautesten in die verlogenen Parolen und desagogischen Phrasen von oben eingestimmt und diese als Druck gegen die anderen verwandt? Wer wählt inzwischen die Informationen und Kommentare für die einschlägigen Tageszeitungen wieder so aus, daß eine einseitige und tendenziöse Berichterstattung resultiert? Wie lange dauert es noch, bis aus diesen halben Wahrheiten wieder ganze Lügen werden?

Politische Wahrhaftigkeit; wirklich demokratische Gesinnung lassen sich nicht von gestern auf heute erlernen. Sie zu erwerben bedarf es eines ehrlichen Willens; dessen Beweis durch die SED-PDS noch aussteht. Darüber hinaus bedarf es sicher eines längeren, kritischen Umgangs mit den eigenen bisherigen Denkgewohnheiten, der Orientierung auch an vorwärtscher, jahrhunderte alter, europäischer Geisteskultur. Und es bedarf insbesondere des bewußten Verzichtes auf all die gewohnten Vorteile, die einem eine opportunistische Haltung gewährt haben! Die 56 Jahre fernab demokratischer Bedingungen in diesem Lande können nicht ohne Üble Wirkung auf uns alle geblieben sein, aber auf die einen doch bedeutend mehr als auf andere. Doch wenn man die einen wieder gewähren läßt, dann wird die Restauration rasch weiter an Boden gewinnen, und gesetzmäßig werden spätestens unseren Kindern die gleichen, alten Despoten erwachsen, deren uns zu entledigen wir gerade erst begonnen haben.

Magdeburg, d. 9.1.1990

F B

Deutscher Demokratischer Republik  
- ASt. Magdeburg -

Flugzeug

BVfS Magdeburg, Stellv. Operativ. Oberst Fischhaber  
MfS Berlin, ZOS, ZAIG, MA XX

Magdeburg 23. 10. 89

BSU  
Erneuer-  
000028

Information zum sogenannten "Gebot für gesellschaftliche Erneuerung" am 23.10.1989 im Dom Magdeburg mit anschließender Demonstration

Zur vorbeugenden Verhinderung der beabsichtigten Demonstration und von ihr ausgehender Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wurden zahnärztlich offensive Maßnahmen realisiert.

Über mehrere operativ-gelenkte Einflußgespräche wurde versucht, die Kirchenleitung der Evang. Kirche der KPS, die Verantwortlichen des Kirchenkreises Magdeburg, den Gemeindegemeinderat der Domgemeinde und die Mitarbeiter der gebildeten Arbeitsgruppe für das "Gebot zur gesellschaftlichen Erneuerung" für eine Absage und Unterbindung der geplanten Demonstration zu profilieren.

In dem Gespräch am 19.10.1989 wurde die Superintendentin Nützel informiert, daß im Ergebnis der außerplanmäßig einberufenen Pfarrkonventes am 18.10.1989 die Pfarrer des Kirchenkreises Magdeburg die Auffassung vertraten, daß die Leute, die den Mut gefunden haben in den Dom zu gehen, jetzt nicht mehr bereit sind, sich wieder zerstreuen zu lassen. Was im Dom zu klären war ist bereits geschehen, weitere Dinge sind dort kaum noch zu erwarten. Die Pfarrer haben keine Rezeption gegen die gezeigte Bereitschaft, sich demonstrativ in der Öffentlichkeit zu zeigen und für politische Veränderungen in der DDR einzutreten, vorzugehen.

Fisch  
Fischhaber  
Oberst

BSU, ASt. Magdeburg, AKG Nr. 57, Bl. 26-32

BSU  
0000

Diese Haltung der Evang. Kirche, nichts zur Verhinderung der beabsichtigten Demonstration zu unternehmen, wurde auch im Gespräch am 21.10.1989 mit der Superintendentin Nützel, in das auch die Domprediger Pastorin ... und Pfarrer Quast einbezogen waren, bestätigt. So ... alle in bezug auf die Verhinderung unterbreiteten Vorwürfe und Argumente negiert und auf der Durchführung einer Demonstration beharrt.

Die Pfarrer begründeten diese Haltung damit, daß die Demonstration notwendiges Mittel zur öffentlichen Forderung nach Zulassung des "Neuen Forum" und zur Erreichung erster politischer Veränderungen sei. Durch eine hohe Teilnehmerzahl sei die Tatsache, daß das "Neue Forum" nicht nur eine kleine Initiativgruppe, sondern bereits eine Volksbewegung sei, demonstriert zu untersetzen.

Auch in den weiteren Gesprächen wurde die offensichtliche Haltung der Evang. Kirchenleitung deutlich, die Anhänger des "Neuen Forum" aus dem Dom und den Kirchen in die Öffentlichkeit zu entlassen, aber der Bewegung "Neues Forum" nicht den Schutz der Kirche vorzuenthalten.

In den am 23.10.1989 unter Vorsitz des ... bürgermeisters der Stadt Magdeburg mit 30 Pfarrern des Evang. Kirchenkreises der Stadt Magdeburg geführten Gespräch vertrat die Mehrheit der anwesenden kirchlichen Amtsträger die Auffassung, daß es auch in Magdeburg neue Formen der Mitwirkung an der weiteren Entwicklung und Mitentscheidung geben muß. In den neuen Formen gehört die Demonstration gegebenenfalls die Erwartungshaltung im Hinblick auf gesellschaftliche Veränderungen zum Ausdruck bringen zu können. Nach Auffassung der Pfarrer ist die Demonstration nicht gerechtfertigt, da die gegenwärtigen politischen Situationen nicht ausreichen, um für alle Bürger und ihre Interessen den Dialog zu ermöglichen. Besonders junge Leute sind nach Meinung der Pfarrer im Dialog ungeübt und drängen danach, sich selbst dazustellen im anonymen Bereich auf der Straße und möglichst im Dunkeln. Dieser Entwicklung ist seitens des Staates mehr Toleranz entgegenzubringen.

Im Ergebnis des Gespräches wurde seitens des Dompredigers Pfr. Quast dem Oberbürgermeister zugesichert, alles zu tun, um gegebenenfalls die Demonstration noch zu verhindern. Wenn diese jedoch nicht mehr zu verhindern sei, wollte die Beteiligung so gering wie möglich halten. Quast betonte die Tatsache, daß ab 20.00 Uhr bereits Straßenbahnen bereitstehen, um Bürgern, die lieber nach Hause wollen, diesen Vorhaben schnell zu ermöglichen.

Zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und öffentlichen Ordnung war am 23.10.1989 die abgestimmte stabsmäßige Führung der Einsatzkräfte streng gewährleistet.

Die Gebetsveranstaltung fand im Dom von 19.00 Uhr bis 20.00 Uhr mit ca. 6000 Teilnehmern statt. Außerhalb des Domes befanden sich noch ca. 4000 Personen.

Die Veranstaltung war wiederum zweigeteilt. In einen sogenannten Andachtsteil mit Gebeten und Gesängen sowie in einen Gesprächsteil mit der gezielten Verbreitung von Forderungen des "Neuen Forum" und organisatorischen Hinweisen zur öffentlichen Darstellung mittels einer Demonstration.

Die Gebetsveranstaltung wurde durch den Domprediger Pastorin Zachhuber und Pfarrer Quast geleitet. Unter Verwendung einiger Aussagen der vor der Veranstaltung in großer Anzahl verteilten

"Sonderausgabe Bezirksinfoblatt Magdeburg" vom 23.10.1989 des "Neuen Forum" (S. 20)

legte Pfr. Quast die Zielstellungen des "Neuen Forum" dar, um auf "Verleumdungen" gegenüber dem "Neuen Forum" zu reagieren. So führte er u. a. aus, daß das "Neue Forum" den Dialog als gleichberechtigter Partner auf allen Ebenen fordere. Das bedeute die staatliche Zulassung des "Neuen Forum" und aller anderen Parteien, Initiativen und Basisgruppen, die sich für die "Demokratisierung" der Gesellschaft in der DDR einsetzen. Gleichlaufend damit sind Forderungen nach dem Zugang zu den Medien,

Pressefreiheit und Abschaffung der Zensur, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit sowie nach einem Dialog, der ein "Weiterentwicklung" der sozialistischen Gesellschaft und der Demokratie in der DDR zum Ziel hat. Erhoben wurden die von Quast und Zachhuber getätigten Äußerungen im Zusammenhang mit aktuellen personellen Veränderungen im Politbüro der neuen Medienpolitik waren in der Tendenz von der Einstellung geprägt, unter den Teilnehmern Mißtrauen gegenüber den derzeitigen eingeleiteten Maßnahmen zu erzeugen. Die Glaubwürdigkeit der derzeitigen Politik ist abhängig von umfassenden Veränderungen in der Bildungs- und Medienpolitik sowie der Bestimmung von freien und geheimen Wahlen in der DDR.

Wie in der Veranstaltung am 16.10.1989 wurde das Vorgehen der Schutz- und Sicherheitsorgane am 07.10.1989 in verleumderischer Art und Weise angeprangert und in diesem Zusammenhang die Freilassung der Inhaftierten, die Einstellung der eingeleiteten Ermittlungsverfahren sowie die Einleitung einer Untersuchung zu den "Übergriffen" der Sicherheitsorgane und die Bestrafung daran Beteiligter gefordert.

Nach den Ausführungen der Domprediger wurden die Politbüromitglieder Kurt Hager und Harry Tisch von einer unbekannt Person bezüglich ihrer den Erfordernissen nicht der gesellschaftlichen Entwicklung nicht erreichten Wirksamkeit diskriminiert.

Nach einem religiösen Einschub trat als "Forumssprecher" Pfarrer Tschiche provozierend auf. Er forderte, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, wo das Unzufriedenheitspotential auf die Straße gehen muß. Die Bewegung "Neues Forum" hat eine neue Qualität erreicht, die es möglich macht, mittels einer gewaltfreien Demonstration die staatlichen Machthaber zu einem wahren Dialog zu zwingen. Tschiche führte weiter dazu aus, jetzt müssen wir auf der Straße präsent sein und die Mächtigen in Partei und Staat so lange bedrängen, bis sie "Neues Forum" andere Parteien und Initiativen, die gesellschaftliche Veränderungen anstreben, die staatliche Anerkennung gewähren. Die Gesellschaft hat eine umfassende Solidarität nötig und eine Demonstration ist gegen-

würdig die geeignetste Form der Solidarität. Diese Solidarität wird von "Neues Forum" gewaltfrei gestaltet und wir rufen den derzeitigen Machthabern zu, nichts zu tun.

Tschiche antwortete damit auf die Ausführungen von Pfarrer Quast, der eine Demonstration für den vorgeschlagenen Zeitpunkt in Frage stellte. Quast gab den Teilnehmern zu bedenken, daß es zur Zeit sichtbare Veränderungen gibt, die darauf hindeuten, daß der Dialog zwischen "Neuen Forum" und staatlichen Institutionen zu Stande kommt. Vor 14 Tagen hätte auch er eine Demonstration befürwortet, jetzt jedoch läßt er dies zu bedenken.

Auf der Grundlage seiner Meinungsäußerungen bisher nicht identifizierter Personen zu sogenannten Negativverfahren im Rahmen der Praktizierung des Dialoges sowie der gesellschaftlichen Erscheinungsform der Ausreise aus der DDR wurden die staatlichen Maßnahmen in ihrer Glaubwürdigkeit in Frage gestellt. In Verbindung mit den Aussagen von Tschiche wurden damit stark emotionale getragene Handlungsbereitschaften für eine Demonstration erzeugt und Versuche der Beruhigung durch Quast öffentlich negiert.

Ab 20.00 Uhr formierte sich nach Verlassen des Domes auf dem Domplatz ein Demo-Zug mit ca. 7.500 Teilnehmern an dessen Spitze Pfarrer ~~Ischiche~~ des Kirchenkreises Magdeburg, Vertreter des Domgemeindekirchenrates, Führungskräfte des "Neuen Forum" unter der Leitung von Pfr. Tschiche marschierten. Die Führungsspitze führte als Zeichen der Friedfertigkeit ein weißes Tuch mit Friedenstaube mit . Im gesamten Demonstrationzug wurden an ca. 2,5 km Länge durch das Stadtzentrum 36 Transparente mit Forderungen der oppositionellen Gruppen (siehe Anlage) festgestellt. Vereinzelt trugen Teilnehmer Kerzen, Sprechchöre traten nicht auf. Einzelne Teilnehmer stimmten die Internationale sowie das englische Lied "We shall overcome" an.

Gegen 21.40 Uhr traf der Demonstrationzug wieder am Dom ein, wobei sich der Übergroße Teil der Demonstration auflöste. Ca. 800 Personen betraten erneut den offenen Dom. Dort wurden im Sinne eines sogenannten Nachtgebetes der friedliche Verlauf der Demonstration im Sinne einer "Siegesfeier" gewürdigt. Um 21.55 Uhr verließen alle Teilnehmer den Dom, so daß sich durch den organisierten Abtransport der Teilnehmer die Personenkonzentration ohne Vorkommnisse und Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit auflöste.

Die mit den Partnern des politisch-operativen Zusammenwirkens eingeleiteten Maßnahmen erwiesen sich als zweckmäßig und wirksam. Es kam zu keinen gewaltsamen Provokationen.

In der Evang. Kirchengemeinde Osterburg wurde am 23.10.1989 auf Initiative des ~~\_\_\_\_\_~~ Osterburg unter Teilnahme des operativ-bekanntem Pfarrer Meckel/Niederndodeleben sowie 1200 Besuchern eine Informationsveranstaltung zu den Initiativen "Neues Forum" und "SDP" durchgeführt. Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit traten nicht auf. Über den Inhalt und Verlauf wird nachberichtet.

Die Bundeskonferenz für die  
Leitung des Staatssicherheits-  
amts (LWS) des  
Verlages des Deutschen Volkswirtschaftlichen  
- ASI, Magdeburg -

Anlage

BSU  
000032

Aufschriften der mitgeführten Insignerente

- "Keine Phrasen mehr - hier müssen Taten her"
- "SDP fordert freie Presse und Zugang zu den Medien"
- "Freie Meinung für freie Bürger"
- "Wir fordern zivilen Wehrersatzdienst"
- "NEUES FORUM jetzt anerkennen"
- "Schluß mit der Politbürokratie"
- "Politische Freiheit aber wie Schluß mit der Politbürokratie"
- "Demokratie statt Diktatur"
- "SDP fordert Anerkennung"
- "Ihr habt keine Wahl NEUES FORUM wird legal"
- "Wir brauchen keinen Kulturbund, was wir brauchen ist Kultur"
- "Alle Macht dem Volke"
- "Schluß mit der Zensur für Presse und Kultur"
- "SDP fordert Versammlungsfreiheit"
- "Aufwachen, mitemachen - Demokratie jetzt"
- "Statt tapazieren gleich reformieren"
- "SBB fordert Anerkennung neuer Parteien und Organisationen"
- "Zulassung der Bürgerinitiativen"
- "Neues Forum braucht das Land"
- "NEUES FORUM jetzt und hier"



DAZ Nr. 1, 2, 3, 10, 12, 15





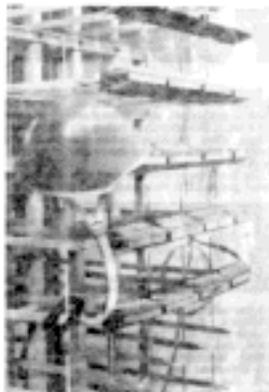
DAZ Nr. 5 (14. Februar 1990), Zeichnung: Peter Schwill, Magdeburg

Wohnungsdienstanschlüsse gewährleisten der Stasi auch weiterhin ungehindertes Arbeiten

## Das „inoffizielle Netz“

„Die Stasi war Stasi in Stasi“, so oder ähnlich rezitierten viele Artikel die oft ungeliebte Tätigkeit der MfS. Was das wirklich auf dem Meißel, denn man hatte konkrete Pflichten zu erfüllen wie z. B. die „Gewährleistung der Informationsfähigkeit“ an leitende Partei- und Staatsfunktionäre“. Aus dieserartigen Dienstleistungen geht hervor, daß die Nutzung der einzelnen VHS-Monitore nicht in Zukunft verschwindet, daß die MfS die „Notwendigkeit“ und die Fiktion eines im Bezirk gespeicherten „dunkel“ verschiedenen Partei- und Staatsfunktionäre in der Stasi hatte. Funktionäre, die durch elektronische Einträge, die nach „Inoffiziellem“ eingeleitet bzw. realisierte operative Maßnahmen“ entstehen, die Berichte kamen per Kartei in ein-heitlichen „Inoffiziellem“ und wurden später nach 4 Monaten zurückgegeben worden. Das bedeutet, von Stasi-Mitarbeitern im Bezirk über das Leiter der ASt bis hin in ungewissen Kommandostrukturen mußten die Empfänger auch über die verfassungswidrige Tätigkeit der MfS Bescheid. Bis auf die Kreisleiter beschränkt war die MfS immer die gut genutzte Werkzeug von Partei und Staat.

wurden. Für „Inoffizielles“ ist die Verletzung durch Verstoß gegen Grundgesetzgebung, nach am 16. Oktober 1989 dringende Gewandte in die „Anweisung Wohnungsdienstanschlüsse“ auf die Einrichtung derselben unter dem Kommando 2 und WfA (Wohnungsdienstanschlüsse) in „Inoffiziellem“ bei der Post unter staatlicher Geheimhaltung. Dieser Generalsekretär Müller verließ am 18. September 1989 das gebürtige Magdeburg, wenn er erkrankt. Damit wird gleichzeitig unter anderem die verändernde Bestimmung zur Gewährleistung von Geheimhaltung und Kooperation im Zusammenhang mit der Deutschen Post eingeleitet. Denn sind alle bis 20. September 1989 nach 1989 im Bereich der Mitarbeiter zu übernehmen? Was das Ziel? Am 17. November gab Berlin die Start und eine entsprechende Liste zur Verletzung von Akten in den Endzustand wurde. Die Bestimmung des MfS erhebt, die eine Begründung gleich zu stellen. So heißt es sehr ausdrücklich, daß Akten erhalten bleiben, wenn sie „keine Verfassungswidrige“ enthalten, die „inoffizielle“ enthalten. Über die Verletzung und natürlich „als Mitarbeiter“ zur unbedingten Geheimhaltung“ zu verpflichten. Eine Monat später (7) stoppt diese Dienstleistung Schwarz für jegliche Verletzung.



Bernd Schützler

Fügen wir noch die Bemerkung über Aussagen inoffizieller Mitarbeiter zu ihrer Weiterarbeit an, so kann man jeder seine Schritte über die „Anweisung“ der Stasi selbst stellen.

DAZ Nr. 7 (28. Februar 1990)

# Alle Arbeit umsonst?

## Bürgerkomitee Magdeburg durch Modrow-Beschluß in Konflikt

Man will es nicht glauben! Die Bürgerkomitees stimmen der Vernichtung elektronischer Datenträger der ehemaligen Stasi zu. Das Bürgerkomitee Magdeburg macht hierbei keine Ausnahme, obwohl sehr viele Stimmen bei fünf Enthaltungen von der Verschiedenheit der Ansichten sprechen.

Was man bedenkt, welche immense Arbeit die Vertreter dieses Komitees geleistet haben, um archiviertes Material der Stasi vor Vernichtung zu schützen. Wer im Dezember vergangenen Jahres sich am Kreisweg freudend die Nichte um die Ohren geschlagen hat, wird sich jetzt fragen, warum das alles. Die geretteten Akten liegen noch in kilometerlangen Stapeln. Aber die sicher weitaus wichtigsten sollen vernichtet werden. Angewiesen hat es ein längst gesichtloses gewordener Ministerpräsident, bestätigt wurde es vom Runden Tisch.

Als Begründung für diese Entscheidung gab man an, daß jene elektronischen Datenträger bei der anstehenden Wiedervereinigung nicht dem BND in die Hände fallen dürfen. Man übergibt also die Wohnung besetzen, und das macht man nur, wenn man genau weiß, daß bald ein neuer Mieter einzieht.

Die Wahrscheinlichkeit, daß mit der Vernichtung der elektronischen Datenträger das offizielle Netz der Stasimitarbeiter, ermöglicht durch Wohnungsdienstanschlüsse (siehe auch DAZ Nr. 7), nicht mehr aufgedeckt werden kann, ist durch die Datenvernichtung gegeben. Der bekennende Brief des Bürgerkomitees Magdeburg, veröffentlicht in der „Volksstimme“ vom 7.11.1989, ließ Untergrundverbände des ehemaligen MfS munter werden. Das Bürgerkomitee drehte nämlich an Personalisten von Stasimitarbeitern zu veröffentlichten, falls der Mod-

row-Beschluß nicht zurückgenommen würde. Indirekte Drohungen wurden Mitgliedern des Bürgerkomitees per Telefon übermittelt. Ob diese Einschüchterung auswirkte oder mancher Vertreter damit liebäugelt, daß seine Partei bei gewonnener Wahl sich des funktionsfähigen Sicherheitsdienstes bedienen kann, sei genau dahingestellt, wie die Behauptung des Nachrichtenmagazins „Spiegel“, bis zu 30 Prozent der Bürgerkomiteemitglieder seien Stasimitglieder.

Jedenfalls demotivierte das Magdeburger Bürgerkomitee seine Absicht gleich am nächsten Tag, und die Regierung konnte erleichtert aufatmen.

Mit zehn gegen sieben Stimmen, bei fünf Enthaltungen, wurde am 4. März der Vernichtung der elektronischen Datenträger zugestimmt.

Es wäre nur zu wünschen, daß nicht alle Blaulogigkeit wieder auftritt beim Umgang mit einer als verfassungsfreundlich eingestuf-

ten Organisation. Genauso wenig, daß sich nun einige Vertreter, die von vom Staat mit finanziellen Zuschüssen versehen wurden, sich zu einer Loyalität verpflichtet fühlen, die der eigentlichen Aufgabe eines Bürgerkomitees nicht mehr entsprechen. **Thomas Ellense**

Die Zukunft des „Lindenholz“ ist weiterhin ungewiss. Eine Reihe Bürger folgte unserer in DAZ Nummer 8 ausgesprochenen Bitte und schrieb dem Rat des Magdeburger Stadtbezirks Südost. Die Resolutionen waren eindeutig und sprachen ausnahmslos für die vom Antragsteller C angebotene Variante: die Einrichtung einer öffentlichen Gaststätte mit Fitness- und Freizeitzentrum.

Die Direktion der BG-Gaststätten hat jedoch stattwiegend die Freigabe des Objektes zurückgezogen und die Bewerber gebeten, ihre Anträge wieder abzuholen. So bleibt vorläufig alles beim alten. Bürgerwünsche sind nicht gefragt.

DAZ Nr. 8 (7. März 1990)

In unserer Nummer 6 unterließ ein Irrtum. Nicht Herr Lubos arbeitet in Rat der Stadt, Abteilung Innere, sondern Herr Bernik, damals Stellvertreter Leiter des MfS, Kreis Magdeburg, Wulff-Rathenau-Straße 14a, Ex-Major der Stasi, ist in Rat des Bezirkes angestellt, jedoch gegenwärtig krank.



DAZ Nr. 9 (14. März 1990), Zeichnung: Peter Schwill, Magdeburg

# Hört das „Große Ohr“ noch mit?

Glücklicherweise gibt es noch immer Menschen, die sich für die konsequente Aufarbeitung der Vergangenheit einsetzen. Zu diesen zählt das Betriebskomitee des Fernmeldeamtes Magdeburg, welches am 5. März mit Vertretern der Bezirksdirektion der Deutschen Post und dem Bürgerkomitee Magdeburg zu einem Hearing in das Rathaus einlud. Geklärt werden sollten offene Fragen zur Praxis der Abhör- und Postkontrollverfahren des ehemaligen MfS, zu denen im Vorfeld den zuständigen Leitern der Bezirksdirektion der Deutschen Post (BDP) Fragen in Katalogform übergeben wurden.

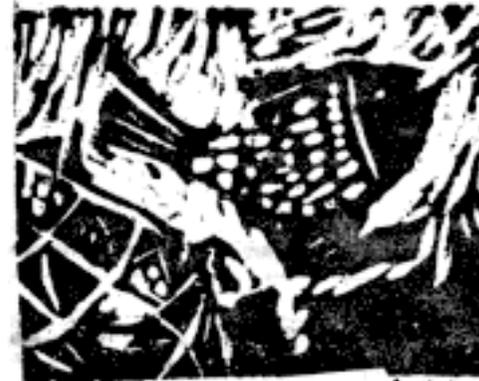
Bei der Beantwortung dieser Fragen schien die BDP einen Grundsatz strengstens einzuhalten, der bisher nur aus Befragungen leitender MfS-Offiziere bekannt war, nämlich „was du mir beweisen kannst, das gebe ich auch zu!“ Der Eindruck der Kollegen des Fernmeldeamtes war einstimmig, daß von seiten der BDP herzlich wenig Eigeninitiative und Phantasie entwickelt wurde, um dem MfS den Zugriff auf sensible Bereiche zu verwehren. Oft kann man eher das Gegenteil annehmen. So stellte sich beispielsweise heraus, daß nach einer Erstbegehung der Vertreter der Bezirksstaatsanwaltschaft jener vom MfS zum Abhören genutzten Räume am 5. Dezember 1989 im

Fernmeldeamt und in der Kreisdienststelle der Stasi, die Schlüssel für diese Bereiche wieder allein den Mitarbeitern des MfS für Tage ausgehändigt wurden. Der Verbleib von über 150 Sonderausweisen der Post für Stasileute ist bis heute ungeklärt. Dementsprechend wenig fanden dann auch die unabhängigen Untersuchungskommissionen bei ihrer Begehung vor, nämlich gähnende Leere, Spuren hastigen Abbaus und wenig aussagende Metallskelette. Über eine sogenannte „verdeckte Einordnung“ von Fernsprechanträgen für privat auftretende Personen des MfS zur Gewährleistung der geheimdienstlichen Tätigkeit war den zuständigen Leitern nun überhaupt nichts bekannt. Ja hat denn die Stasi hier zum ersten Mal geschludert und Herr Müller sowie sein Stab verdienstvoller MfS-Leiter die eigenen Dienstanweisungen ignoriert? Diese und weitere Fragen bleiben uns nun auch nach diesem Tage der Offenlegung in der Bezirksdirektion der Deutschen Post für die Zukunft erhalten. Im übrigen – erhalten bleiben uns auch unsere altvertrauten MfS-Mitarbeiter im Post- und Fernmeldewesen (d. h. vertraut waren sie sicher mit uns und unseren Briefen und Telefongesprächen), denn Herr Schiller als Leiter der BDP besteht auf der bereits erfolgten Neueinstellung von 39 ehemaligen Staatssicherheitsleuten in allen Bereichen der Post. Einige von ihnen waren auch speziell im Abhördienst der Stasi tätig und brauchen nach Angaben der Leute vom Betriebskomitee eigentlich nur einen Kopfhörer, um ihre frühere Tätigkeit fortzusetzen. Es lohnt sich eben doch, wenn man etwas Anständiges gelernt hat.

Bernd Schulleke

DAZ Nr. 9 (14. März 1990)

# Einige Fragen an Bärbel Bohley



„Ich bin ein Optimist, weil ein Nein für mich kein System von Knoten ist, sondern von Löchern.“

Am 10. Märzrief das Wahlbündnis '90 zu einer Veranstaltung auf, die vor der Wahl noch einmal darzulegen sollte, welche Ziele sich für die vorerwähnten Bürgerbewegungen aus der Erörterung mit dem letzten Herbst ergaben. DAZ nahm Gelegenheit, ein Interview mit Bärbel Bohley zu führen, die aus Berlin auf dem Doniplatz gekommen war.

**DAZ:** Welche Einblicke haben Sie von unserer Stadt?

**B. Bohley:** An jedem Lokalniveau kenne ich Patrick von Genschow oder Lafontaine, das NEUR FORUM habe ich nicht gesehen. Das NEUR FORUM aber sitzt und arbeitet überall, jedoch Herr Genschow, der sitzt nur heute mit dem Wahlbündnis.

**DAZ:** Das NEUR FORUM wollte keine große Werbung. Wie sieht die Berlineris?

**B. Bohley:** Ich war der Meinung, man hätte ganz auf diesen Wahlkampf verzichten sollen. Für die Wähler, die wir bekommen haben, hätte man einen Fonds für Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe schreiben sollen. Das hätte mehr mit uns zu tun, als das Geld in Form von Plakaten an irgendwelche Wände zu kleben.

(Fortsetzung Seite 2)

**DAZ:** Das NEUR FORUM hat in den verschiedenen Bezirken auch verschiedene Aussagen getroffen. Ist das eine Zersplitterung?

**B. Bohley:** Ich hätte es nicht für eine Spaltung. Wie mich heute in einer Bürgerbewegung interessiert, das weiß, daß es sich selbst als ihre Parteiprogramme engagiert. Dann gibt es natürlich die unterschiedlichsten Meinungen: Lösung der DDR-Probleme durch schnelle Wiedervereinigung, Zweistaatlichkeit, Zusammenarbeit durch den Artikel 116 des Grundgesetzes usw. Das Hauptmotiv der Bürgerbewegungen ist: Wir wollen uns selbst entscheiden und sind auch in der Diskussion über diese unterschiedlichen Auffassungen. Das ist wohl unsere Stärke: Wir haben keine Parteileitung, sondern setzen uns, anders als die Parteien, mit den Problemen direkt und sofort auseinander.

Allerdings gibt es die Gefahr, daß eine Mehrheit eine Meinung eindeutig mandatiert macht. Doch in den 43 Jahren haben wir gelernt, uns zu wehren, und wir werden uns mit unserer Meinung weiter wehren.

**DAZ:** Sie sprechen auf dem Doniplatz, aber Sie hören dort auch die Mitteilung des Bürgerkomitees, daß die Stasi durch die Regierung Modrow fast Aufhebung nicht von ihrem Bild empfindlich wurde.

**B. Bohley:** Ich würde der Modrow-Regierung überhaupt vor, daß sie keine eigene Politik gemacht hat, also keine Politik in unserem Sinne. Sie hat uns ständig in den Rücken gefallen. Modrows plötzliche Devise „einig Vaterland“ ist zum

Beispiel für mich immer nur Reaktion auf Stimmungen in der Bevölkerung, aber keine eigene Politik. Oder will es schwierig ist, die Stasi aufzulösen, verspricht man es was, setzt es dann aber überhaupt nicht durch oder verhindert es. Natürlich haben die Angehörigen der ehemaligen Stasi hier auch eine Stimme. Ich glaube, es ist nur Raumgewinn zwischen den alten Machthabern und den beschriebenen Forderungen des Volkes. Es ist keine eigene Politik, von der ich mich vertreten fühle.

**DAZ:** Im Band „Gemas klappern – sie greckeligen“ hat sich Ihre Engagement stark ausgesprochen. Wann werden Sie wieder künstlerisch arbeiten?

**B. Bohley:** Ich hatte eigentlich bald. Nach Volkskammer- und Kommunalwahl wird sich das Leben zunehmend normalisieren. Dann wird ja unsere Vertreter an den entscheidenden Stellen mit Sedition und werden die Politik machen. Unsere Aufgabe wird sein, sie zu kontrollieren, damit es noch Politik in unserem Sinne wird. Aber für uns bedeutet das dann auch Entlastung, so daß ich auch wieder in mein Atelier gehen werde.

**DAZ:** Haben Sie Pläne?

**B. Bohley:** Na ja, ich denke, das was jetzt an Groß da ist, dieses ganze Durcheinander auch, daß die Chance in dem Gefühl, den Ächtungen und Stockungen usw. eigentlich ein Thema ist. Das würde ich mir so 'ne weiße Fläche gern mal bearbeiten, nicht nur mit Worten. Ich würde, auch die Kunst könnte ein bisschen beitragen, das zu ordnen oder in eine neue Ordnung zu bringen.

Das Interview führte Ulrich Kopp.

DAZ Nr. 9 (14. März 1990)





DAZ Nr. 13 (11. April 1990),  
Zeichnung: Peter Schwill,  
Magdeburg

Etwas verlegen war er dann schon, der Kreisvorsitzende Walter aus Naumburg. Eine Raufschonung brachte es an dem Tag. Die von Bürgerkomitee und der Hauswartenschaft versiegelteten Akten der Abteilung Innere in den städtischen Kämen wurden wieder freigegeben. Bereits am 30. März veranlaßte der amtierende Bezirkskomiteevorsitz Thiele die Entschloßung. Das Bürgerkomitee erfuhr es 18 Tage später!

In einem Schreiben erklärte Herr Thiele, daß man die Anzeige gegen die Herren Grünewald und Lubbe

## Siegel sind zum Brechen da

nicht weiter bearbeitet. Ganze Kompende – weitermachen! Die von Bürgerkomitee erhaltene Anzeige bezog sich auf die „größtenteils“ Anzeigepolitik dieser Herren. Die Akten in der Abteilung Innere und Kirchenfragen wurden jedoch aus einem anderen Grund verweigert. Sie trugen zum Teil den Charakter von Dossiers und sind denen der Stasi sehr ähnlich. Man muß hier „Abheben“ sagen, denn die Berichte der Stasi waren zumindest noch sachlich abgefaßt. Diese jedoch sind in ihrer Art teilweise dümmlich und beleidigend.

Es befinden sich darunter komplette Gesprächsprotokolle

nicht weiter bearbeitet. Ganze Kompende – weitermachen! Die von Bürgerkomitee erhaltene Anzeige bezog sich auf die „größtenteils“ Anzeigepolitik dieser Herren. Die Akten in der Abteilung Innere und Kirchenfragen wurden jedoch aus einem anderen Grund verweigert. Sie trugen zum Teil den Charakter von Dossiers und sind denen der Stasi sehr ähnlich. Man muß hier „Abheben“ sagen, denn die Berichte der Stasi waren zumindest noch sachlich abgefaßt. Diese jedoch sind in ihrer Art teilweise dümmlich und beleidigend.

Es befinden sich darunter komplette Gesprächsprotokolle

Bernd Schulzke

### Kriminalitätsanstieg – braucht man wirklich Stasileute in der K?

## Mitarbeiter wären genug da

Empörung merkt sich breit, wenn Mitarbeiter der Kriminalpolizei die Verdächtigungen an Raubverbrechen durch Stasi-Spezialisten hören. Da dabei vorzugsweise Angehörige eines „Jahrs- und Berufs“ sind.

Das MBI bezog sich auf eine zu erwartende Zunahme von Kriminalität. Darüber, diese Klasse dann in neuer Form, sprich Gruppen, Freizeitsport, Waffen etc. Auf bewährte Spezialisten aus dem Bereich der Stasi kann man da nicht verzichten. Große Verdächtigungen! Ist das nicht wirklich unangenehm?

Stellen wir uns bei dem Faktum – und nicht bei Verwechslungen. Fakt ist, daß es in den Dienststellen der VP und der K kein Ausschluß für einen Anstieg der Kriminalität gibt. Fakt ist, daß ein wesentlicher großer Anstiegbereich für VP und K durch die politischen Verhältnisse entsteht. Einmal wenn hier nur Denke wie Empfindungen, öffentliche Herabwürdigung, die

ausgedehnte Beschäftigung der Arbeit staatlicher Organe (zum Beispiel durch Flugblätter und Flugblätter mehr. Fakt ist weiterhin, daß eine einseitig personalistischer Bereich war.

Was hat diese Leute denn eigentlich heute? Nehmen wir das Beispiel der K mit seiner ungenutzten Arbeitskraft! Noch vor nicht allzulange Zeit bewährte man sich unter Kollegen, die gelobten „Mittel und Methoden“ wie die Dienststellen anzuwenden. Dazu gehörten auch die beispielhaft beispielhaften Gruppen und die sogenannte „verbotene Arbeit“. Klingt schön, nicht?

Letzte die K, Oberst Martin Krummholz, soll sehr genau, was er sagt, wenn er auf die Thema „Grundstruktur“ einget. „Wir werden uns also über Mittel bedienen, die international ähnlich sind.“

nicht, Ihre Oberst, daß in vielen Ländern der Welt gegen Angehörige des Politischen Personals landen, wegen dieser „üblichen Methoden“? Ist das nicht ein wenig seltsam? Für diese Aufgaben gab es schon immer schon das Instrument IK.

Das ist nicht alles, was dazu bei der tatsächlichen Herabwürdigung dieser Spezialisten ist. Man muß unterscheiden, daß kein Kontakt mehr zu ehemaligen Kollegen besteht. Früher mußte man sich helfen. Jetzt ist das Kontaktabbruch vor. Die Verdächtigungen, heute nicht nur es eines ist.

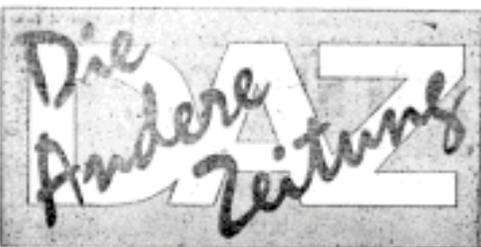
Wir auch immer in der DGVVP diesen grandiosen Erfolg hatte, was gelang es. Er gelang, ein was so überlegen, daß auch wie vor Offizieren beim MBI die Augen haben, da so trefflich sind wie Mücke und Hasen. Nehme man sich ein Beispiel!

WIB WIM

DAZ Nr. 14 (18. April 1990) (Mitte und unten)



DAZ Nr. 15 (25. April 1990),  
Zeichnung: Peter Schwill,  
Magdeburg



**Die Andere Zeitung**

*heute:*  
**Zoff bei Sero**  
**Erinnerung an Reuter**  
**Magdeburger Hafen**  
**Neue Filme im Mai**

Unabhängige Bezirkszeitung Magdeburgs

Nr. 16 ISSN 0863-2588
2. Mai 1990
Preis: 85 Pfennig

## Pause für die DAZ

Unsere Kraft ist im Moment erschöpft. Unser Ziel war und ist es, eine alternative Wochenzeitung für den Bezirk Magdeburg herauszugeben. Wir haben unser Bestes gegeben, das aber nicht alleine reicht. Es heißt uns immer noch an entsprechender Technik in der Redaktion und an Mitarbeitern.

Um die DAZ in Zukunft besser gestalten zu können, müssen umfangreiche Vorbereitungen getroffen werden. Dazu gehören die Gründung eines DAZ-Verlages und die Anschaffung der nötigen Technik sowie der Aufbau effektiver Organisationsstrukturen.

Geplant ist weiterhin eine Umstellung; die in monatlichem Rhythmus erscheinen könnte.

Die Unweltbibliothek in unseren Räumen steht nach Beendigung der Renovierungsarbeiten den Interessierten zur Verfügung – wahrscheinlich ab Mitte Mai.

Auf unsere Leserhoffe, die weitere Zukunft der DAZ betreffend, erhalten wir viele Zuschriften mit Vorschlägen zur Gestaltung. Die Tendenzen gingen eindeutig dahin, daß eine eigene Wochenzeitung für den Raum Magdeburg gewünscht wird und nicht der Anschluß an eine DDR-weite Alternativzeitung.

An dieser Stelle möchten wir uns bei unseren Lesern für ihr Interesse und ihre Mitarbeit bedanken. Auch den Kollegen aus der Magdeburger Druckerei vielen Dank, vor allem auch für die Geduld. Bis bald!

Thomas Etienne



Hinweis: Die *kursiv* dargestellten Textstellen sind Abschriften.

Diese Broschüre entstand mit freundlicher und engagierter Unterstützung der Mitarbeiter der Außenstelle Magdeburg der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

### Impressum

Thomas Etienne:  
 Die Andere Zeitung – Medium der Opposition in Magdeburg 1990  
 (Reihe „Sachbeiträge“, Teil 20)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt  
 (Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, Dezember 2001

Layout: Stefan Nowotzin

Druck: JVA Naumburg – Arbeitsverwaltung